

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboabonnement pro Jahr monatlich 60 Pf., vierjährlich 1,50 Mr.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mr., vierjährlich 4,50 Mr. — Fest- und Versammlungsunterstützung pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hanfmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 88—92. Telefon-Arn. 09 u. 80. Teleg. Adr.: Altvorstand Bochum.

Ludwig Schröder

In Essen, bei seiner jüngsten Löhner, ist in der Nacht vom 18. auf 19. Mai unter Kamerad Ludwig Schröder im Alter von 65 Jahren und 9 Monaten gestorben. Sein Tod, der für ihn und seine Angehörigen eine Erlösung bedeutet, kommt für uns nicht überraschend, denn seit Jahren war er ein körperlich und geistig völlig gebrochener Mann. 1881, während unserer Generalversammlung in Bochum, warf ein Schlaganfall, dem noch einige nachfolgten, den rüstigen und noch gesunden Mann aufs Krankenlager, von dem er nicht wieder aufstehen sollte. Ein taten-, kämpf- und leidendenreicher Leben ist erloschen, ein warmfühlendes Proletarierherz gebrochen, der Mund verstimmt, der so oft und so lange die deutschen Knappen zur Einigkeit gerufen hat, der ihre Leiden geklagt, die Ungerechtigkeit gegeifert hat. Der „alte Luk“ der Erinnerung der Bergarbeiter, ohne den man sich die deutsche Bergarbeiterbewegung nicht denken kann, der alte Berater, der trügerische Sturmgegell und mutige Kampfgenosse, der humorvolle und stets gut ausgelegte Gesellschafter ist zur „großen Armee“ abgewandert.

Geboren wurde er am 28. August 1848 in Sasselhorst bei Bielefeld, und wie so mancher streitbare Proletarier die Heimat verlassen musste, so war für Schröder dieses „Mazeden“ zu klein und schon als sehr junger Mann kam er nach Dortmund, um im Bergbau Glück und Reichtum zu suchen. Reichtümer fand er nicht, aber ein tüchtiger Bergmann wurde er, der fast 80 Jahre die Keilhufe geschwungen hat und dem mehrfach der Metzgerstock angeboten wurde, den er ablehnte, weil er seine Überzeugung nicht für eine geringe Mark lohn, für einen Beamtenposten opfern wollte. Er blieb Bergmann und wurde als solcher Erzieher der Knappen, der erfolgreichsteagitator und schließlich der populärste und beliebteste Bergarbeiterführer Deutschlands.

1867, kaum 19 Jahre alt, half Schröder in Dortmund den Allgemeinen Knappenverein, den noch heut bestehenden Verein „Glückauf“, gründen, in dessen Vorstand er gewählt wurde. Obwohl damals noch die Koalitionsverbote bestanden, strebte der junge Schröder für einen einheitlichen Knappenverein auf völlig partizipativer Grundlage, in dem die Lage der Bergarbeiter besprochen werden sollte. Das Ziel, einen einheitlichen allgemeinen Knappenverein über das ganze Revier zu schaffen, scheiterte an der konfessionellen Geze, aber für Dortmund setzte er durch, daß sich der Allgemeine Knappenverein mit den Knappenschafts- und auch sonstigen Berufssachen beschäftigte und daß Vorträge verschiedener Art gehalten würden. Als 1869 die Koalitionsverbote fielen, mußte Schröder zum Militär und aus dem tüchtigen Bergmann wurde ein nicht minder tüchtiger Soldat, der den Feldzug von 1870/71 mit Auszeichnung mitmachte, worauf er in seinem späteren Leben niemals Wert gelegt hat. Nur 1889, als er vor den Kaiser trat, glänzte auf seiner Bergmannsbrust das Kriegsabzeichen aus dem Feldzug. Vom Militärrücktrittsrecht, trat er in die Armee der proletarischen Freiheitskämpfer, an deren Spitze er treu und unverzagt bis ans Ende seines Lebens ausgetragen hat, während so mancher nach dem ersten Anhieb die Flinte ins Korn warf und davontiefte. Aufs engste mit Wilhelm Eölke befreundet, lernte er von diesem den Sozialismus und empfing so das geistige Rüstzeug für den proletarischen Emancipationskampf.

Bei allen Bergarbeiterkämpfen und Bewegungen von 1872 an hat Schröder in den vordersten Reihen gestanden und war unter den zahlreichen Rednern und Führern stets der einflußreichste. Obwohl gelang es ihm 1872 nicht, das ganze Dortmunder Revier für den „Fesuitenstreit“ zu gewinnen, wohl aber die Westfalen, Tremontia, Borussia und Kron. Schön damals gehörte er zu den wenigen evangelischen Bergarbeitern, die öffentlich dem Unfug vom „Fesuitenstreit“ entgegneten. Er erkannte die Ursache dieses Streits in den schlechten Verhältnissen, der brutalen Behandlung, den erbärmlichen Löhnen und warnte seine Kameraden und Glaubensgenossen, sich doch nicht gegen ihre katholischen Arbeitsbrüder aufzusezen zu lassen. Nicht die Jesuiten, sondern die Kapitalisten seien Schuld an dem traurigen Los der Knappen und diese dürften nicht gegeneinander, sondern miteinander fömpfen gegen den gemeinsamen Feind. In den Jahren 1874, 1875 und 1876 war es der „alte Luk“, der sich vergangs bemühte, die Genehmigung für ein Statut zur Gründung eines Bergarbeiterverbandes von der Behörde zu erhalten. Im November 1877 erschien ein Aufruf „mehrerer Bergleute“, darunter auch Schröder, an die Kameraden, der auch heute noch seine Berechtigung hätte, weil die schönen Mahnungen zur Einigkeit bis heute von vielen tausenden noch nicht befolgt sind. „Es geht der Ruf an euch zur Vereinigung aller Bergleute!“ Es ist einleitend, weil es Zeit sei, „unsere Bergleiterung und Einigkeit fahren zu lassen.“ Die Lohnabzüge und der Druck der letzten Jahre zwangen zur Einigkeit und es durfte in Zukunft nicht mehr das Wort gelten, daß, wenn drei Deutschen beisammen sind, sich mindestens zwei davon streiten, sondern die Bergleute müssten das Wohl ihrer Familien ständig im Auge behalten und danach handeln. In der Zeit des Gründerzwanzigs und Börsenmarktes seien die Löhne aller Kameraden gedrückt worden, um die Dividenden hochzuhalten; nun, wo die Gewerkschaftslage wieder besser sei, die Kohlenpreise steigen,



eine Lohnaufbesserung nicht zugestanden würde, müssten die Kameraden zusammenstehen.

Um 18. November 1877 trat Schröder in der großen Bergarbeiterversammlung im städtischen Saalbau zu Essen an die Seite seines katholischen Kameraden Anton Kasen, franz und kämpfte mit diesem für einen neutralen Bergarbeiterverband. Hier bekannte er — wohl zum ersten Male — öffentlich, daß er Sozialdemokrat sei, aber nicht als Sozialdemokrat spräche er, sondern als Bergmann. Die Partei- und Religionszugehörigkeit darf die Bergarbeiter nicht trennen, so wie sie auf dem Schacht ohne Unterschied anführen, müssten sie auch alle ohne Unterschied dem Verband beitreten. Diese beiden Männer, denen sich Daniel Eckhardt, Winners und Hasselmann und andere anschlossen, hatten sicherlich das ehrlichste Bestreben, eine wirklich neutrale Einheitsorganisation zu schaffen, wofür Schröder sein ganzes Leben eingetreten ist. In jener Versammlung blieben sie Sieger, aber der Klerus versuchte sofort, gegen diese neutrale Organisation eine Gegenorganisation zu gründen. Diese Gegengründung unterblieb, weil der Rosenkranz-Verband 1878 dem Sozialstengesetz zum Opfer fiel, womit auch Rosenkranz von der Bühne abtrat. Er ist in den zwei Jahren als ehrlicher und aufrichtiger Mann für die Einigkeit seiner Kameraden eingetreten, jedoch fehlte ihm nicht allein die zähe Ausdauer, die Schröder in so hohem Maße auszeichnete, sondern er wurde später sogar noch Zitator der Bechenpartei, der heutigen Gelben. Rosenkranz verließ nach dem ersten Sturm das sinkende Schiff, aber Schröder hielt zäh und unermüdlich an dem Gedanken der Organisation fest und hielt unter dem Sozialstengesetz zwölf lange Jahre treu und brab auf exponiertem Posten aus. An ihn wurde der „Sozialdemokrat“ von England geschickt und mutig trotzte er allen Gefahren, trotz seiner zahlreichen Familie — zehn Kinder —, die jeden Tag ihren Ernährer verlieren konnten. Obwohl die Polizei ein besonders scharfes Auge auf ihn hatte und Verdacht hegte, daß er der Verteiler des verbotenen Organs sei, gelang es ihm doch, der Polizei ein Schnippchen nach dem andern zu schlagen, und als sie einmal die gefährliche Konterbande erwischte, gelang es Schröder, das beschlagnahmte Papier unbemerkt auf der Polizeiwache zu — konfiszieren! Noch ehe die Polizei merkte, daß die kostbare Wente aus ihren Straßen verschwunden war, hatte Schröder die Blätter längst verteilt. Schändliche Streiche hat er später der Polizei mehrfach gespielt.

Als Zusang 1885 den Rechtschutzbund gründete, trat Schröder auch diesem bei, weil er die Organisation für notwendig hielt, und da keine bessere existierte, begnügte er sich mit einer schlechten. Ein besonderer Freund von Zusang ist er jedoch nie gewesen und so recht getraut hat er ihm auch nicht.

Am 10. März und 8. April 1889 war es wiederum Schröder, der in Essen in den Massenversammlungen als Referent auftrat und die Forderungen begründete, die damals an den Bergbaulichen Verein eingerichtet wurden. Hier betonte er: „Wenn wir einig sind, brauchen wir nicht zu streiken, dann erhalten wir auch etwas“, und in der zweiten Versammlung riet er entschieden von einem Streik ab. Die Besserstellung des Bergarbeiterstandes könne nicht durch gewalttätige Mittel, nicht durch einen Streik erzwungen werden, sondern durch eine starke Organisation. Erst sollten die Bergarbeiter sich einig werden und eine starke Organisation schaffen, dann werde die Besserung ihrer Lage schon folgen.immer wieder und bei jedem Auftreten richtete er

an die Bergarbeiter die ernste Mahnung: Seid einig, einig, einig!

Im Streit 1889 stand der „alte Luk“ an der Spitze und galt als der einflußreichste und beliebteste Redner. Den Verlauf dieses Kampfes können wir hier übergehen, da wir ja vor wenigen Wochen erst die 1889er Bewegung ausführlich besprochen haben. Auch über die Kaiserdelegation wollen wir hinweggehen, jedoch betonen, daß die drei Kameraden Bunte, Schröder und Siegel in der besten Absicht nach Berlin fuhren, um Vorteile für ihre kämpfenden Kameraden herauszuschlagen. Es war das erste und letztemal, daß streikende Arbeiter vom Kaiser empfangen wurden, und wenn die Deputation auch keinen weiteren Erfolg gehabt hätte, so hätte sie der Arbeiterschaft deutlicher als alle Reden besagen, gezeigt, daß der Kapitalismus herrscht, nicht der Monarch. „Sprüchen Eure Majestät auch nur ein Wort!“ usw., sagte Schröder zum Kaiser, ein Beweis, daß er selbst noch an die Macht des Monarchen glaubte. Dieser Glaube wurde den Knappen jedoch gründlich ausgetrieben von den Herren Kleine, Kräbler, Hilbert, Belsen, Middorf u. a., den Vertretern des Geldsacks, den wahren Beherrschern des Landes.

Bei der Gründung unseres Verbandes war es wiederum Schröder, der den Mittelweg zwischen den Radikalen und den Zentrumsanhängern suchte, um eine Organisation für alle Knappen zu schaffen. Er zog sogar das von ihm und Tölke ausgearbeitete Statut zusammen, der Zusang und die Einigkeit zu wahren. Nach der Verbandsgründung setzte sofort die Verfolgung der jungen Organisation und der Leiter ein und von allen wurde Schröder mit am härtesten getroffen. Während seine Kameraden ihn nicht verstanden, seine Mahnungen nicht oder nur zum Teil befolgten, verstanden ihn die Besitzer, die Geistlichkeit und die Polizeigewaltigen um so besser. Von der Zelle geahndet, vom Staatsanwalt verfolgt, mußte er den bittersten Leidensdolch auslaufen. Eine Reihe dieser und langer Gefängnisstrafen mußte er verbüßen, mußte erleben, daß die ganze Verbandsleitung eingelocht wurde, und wenn seine Kollegen verzagten, ihnen die Hindernisse unüberwindlich erschienen, blieb Schröder trotz aller Schläge ein hoffnungsfroher Optimist, der sich mit köstlichem Humor über die härtesten und traurigsten Schicksalsschläge hinwegsetzte, seine Kameraden immer aufmunterte und antrieb. Wurde ein Redakteur der „B.Ztg.“ nach dem andern einzestellt, Schröder holte immer neue herbei und die Zeitung erschien, selbst als vier Redakteure saßen“. 1895 kam dann der vernichtende Schlag, der Essener Meineidprozeß, in dem Schröder auf Grund eines Meineides des Gendarmenlumpen Münter zu zwei Jahren und sechs Monaten Buchthaus verurteilt wurde, die er in Werden bis zur letzten Stunde abgesessen hat. Dieses Schreckensurteil der Klosterjustiz hat damals bis weit über die Grenzen Deutschlands ungeheure Aufsehen erregt und alle Welt war von der Unschuld der verurteilten Bergarbeiterführer überzeugt, mit Ausnahme der damaligen Geschworenen, Zentrumsmännern aus dem Kreis Essen. Die deutsche Arbeiterschaft, selbst August Brust, der indirekte Verlassener des Meineidprozesses, hat nicht eine Minute an die Schuld der Verurteilten geglaubt, und alle, die Schröder näher kannten, hielten es für absolut ausgeschlossen, daß dieser aufrichtige, ehrliche und furchtlose Weißfale einen Meineid zu leisten fähig war. Aus dem Buchthaus kehrte Schröder 1898 auf seinen Posten als Verbandsführer zurück, und wenn sein robuster Körper auch anscheinend die Buchthausmartern ohne nachteiligen Schaden überstanden hat, so war er doch nachher nicht mehr der Schröder von vorher; das Buchthaus hatte seine Kraft doch gebrochen. Erst 16 Jahre später, 1911, gelang es dem unermüdlichen Verteidiger, Dr. Niemeier-Essen, das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen, in dem Schröder als Greis freigesprochen wurde und seine Ehre wieder erhielt. Der stets makellose Bergarbeiterführer stand nun auch wieder vor der bürgerlichen Welt makellos da.

Über 40 Jahre hat der „alte Luk“ in den Rangreihen der Bergarbeiter für Verbesserung ihrer Lage gekämpft, 25 Jahre hat er uns das Banner der Organisation vorgetragen, hat unverdrossen und mit zäher Energie den harten Boden aller deutschen Bergreviere für die Organisation bebaut und den Sanier gezeigt, der reichhaltige Früchte gebracht hat. Weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichte der Einfluss Schröders, der sich der größten Sympathien der organisierten Bergarbeiter aller Länder erfreute. Seit Anbeginn der Bergarbeiterinternationale stand er an der Spitze und gehörte zum Internationalen Komitee bis zu seinem Tode.

Als Schröder im Jahre 1895 ins Buchthaus geworfen wurde, stand eine Kerntruppe von etwa 4- bis 5000 Mann die „alte Garde“, wie er sagte, hinter ihm, an seinem Grabe trauerte eine Kerntruppe von 100 000 alten Gardisten, die allen Stürmen trotzen, die selbst den Streikbruch der „Christen“ von 1912 glänzend parierten, während der Organisationsgedanke in weitere 100 000 Köpfe eingedrungen ist, die jedoch kein Opfer für den Kampf bringen wollen. Unsere Aufgabe muss es sein, diese zur Opferwilligkeit zu erziehen, sie unserer Reihen einzubringen, und wir ehren das Andenken des alten Kämpfers am besten dadurch, daß wir anstreben, den letzten Knappen der Organisation zuzuführen.

Berichte der Bergbehörden.

II.

So ungünstig wie die Sicherheitsmänner, so günstig werden die Gesundheitsverhältnisse im Bergbau in den Berichten der Bergbehörden beurteilt. So urteilte:

Bergrat Dahms, Nord-Gleiwitz: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend; Epidemien fanden nicht vor. Zu erwähnen sind nur einige Typhusfälle, die hauptsächlich in der Gemeinde Mittelschlesien im Kreise Tarnowitz auftraten."

Bergrat Drotshmann, Süd-Gleiwitz: "Ein gesundheitsschädlicher Einfluss der Werkarbeit konnte nicht beobachtet werden."

Bergrat Hofemann, Süd-Benthen: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend; Epidemien traten nicht auf."

Bergrat Meissner, Schönthal: "Die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter des Kreises waren zufriedenstellend; epidemische Krankheiten traten nicht auf."

Bergrat Wendt, Tarnowitz: "Der Gesundheitszustand war befriedigend. Massenerkrankungen fanden nicht vor."

Bergrat Möbiusberg, Nord-Tannowitz: "Die gesundheitlichen Verhältnisse der Belegschaft waren zufriedenstellend; Massenerkrankungen fanden nicht vor."

Bergrat Jackel, Süd-Tannowitz: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war gut. Epidemien sind nicht aufgetreten."

Bergrat Heine, Statibor: "Der Gesundheitszustand der Bergarbeiterbevölkerung war befriedigend; Epidemien traten nicht auf."

Bergrat Werne, Ost-Waldenburg: "Um dem gesundheitsschädlichen Auftreten von Gesteinsstaub beim Bohren mit Bohrhammern entgegenzutreten, sind auf mehreren Gruben bereits Staubaugabevorrichtungen eingeführt und in Gebrauch genommen worden, die nach Bedarf überall zur Durchführung gebracht werden sollen."

Bergrat Möseler, West-Waldenburg: "Fälle von Wurmfrankheiten und sonstigen epidemischen Krankheiten sind nicht vorgekommen."

Bergrat Illner, Görlitz: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war gut; Krankheiten, die als eine Folge der Betriebsverhältnisse anzusehen sind, fanden nicht vor."

Bergrat Schulte, Frankfurt a. O.: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend."

Bergrat Eisfelder, Ost-Kottbus: "Über bemerkenswerte Erkrankungen der Arbeiter ist nichts zur amtlichen Kenntnis gelangt."

Bergrat Gertner, Ost-Halle: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend."

Bergrat Serlo, West-Halle: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend. Krankheitsercheinungen, welche besonders auf die Beschäftigung zurückzuführen wären, sind nicht beobachtet worden."

Bergrat Erdmann, Zeitz: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war zufriedenstellend."

Bergrat Schmelz, Gießen: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend und wies gegen den der übrigen Bevölkerung keinen Unterschied auf."

Bergrat Richter, Nordhausen-Stolberg: "Die gesundheitlichen Verhältnisse waren gut."

Bergrat Bals, Magdeburg: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend. Epidemische Krankheiten sind nicht aufgetreten."

Bergrat Ernst, Salzwedel: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war gut. Besonders auf die Beschäftigung zurückzuführende Krankheitsercheinungen sind nicht beobachtet worden. Durch die Betriebeinrichtungen war ein die Gesundheit nicht schädigender Betrieb gewährleistet."

Bergrat Richter, Goslar: "Die Werke waren auch im Berichtsjahr bemüht, gesundheitsschädliche Einflüsse von ihren Arbeitern nach Möglichkeit fernzuhalten."

Bergrat Werner, Celle: "Der Gesundheitszustand hat zu Klagen keinen Anlass gegeben."

Bergrat Maurer, Nord-Hannover: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend. Von Berufskrankheiten traten nur vereinzelt Fälle der sogenannten Salzgeschwüre auf."

Bergrat Vösl, Süd-Hannover: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war zufriedenstellend; Epidemien traten nicht auf."

Bergrat Trainer, Bellerfeld: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war im allgemeinen befriedigend. Massenerkrankungen sind nicht vorgekommen."

Bergrat Kloose, Schmallenberg: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war im allgemeinen gut."

Bergrat Schaper, Dortmund I: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend."

Bergrat Weber, Dortmund II: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend. Wegen Krankheit wurden 375 921 (381 712) Schichten gefeiert, gleich 13,01 (14,18) Schichten auf den Mann der insgesamt beschäftigten Personen. Zur Feststellung des Auftretens der Wurmkrankheit sonden auf fünf Gruben Stichprobenuntersuchungen von 20 Prozent der Belegschaftsmitglieder nach dem Kulturverfahren statt. Nur auf einer Grube wurden hierbei noch Wurmträger in geringer Zahl festgestellt."

Bergrat Bönnigk, Dortmund III: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend. Die Zahl der durch Feieren wegen Krankheit ausgesetzten Schichten betrug 350 782 (306 209). Epidemien sind nicht aufgetreten. Die Durchmusterung der ganzen unterirdischen Belegschaft der Zeche Adolf von Hansemann auf das Vorhandensein der Wurmkrankheit ergab neun Wurmbehaftete, d. i. 0,8 Prozent der unterirdischen Belegschaft. Auf den übrigen Gruben ist die Wurmkrankheit nicht mehr aufgetreten."

Bergmeister Hollander, Ost-Stecklinghausen: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war gut."

Bergrat Freia, West-Stecklinghausen: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war zufriedenstellend. Die Wurmkrankheit kann als erloschen betrachtet werden; bei einer auf einer Schachtanlage durchgeführten Stichprobenuntersuchung sind Wurmbehaftete nicht festgestellt worden. Andere Berufskrankheiten sind nicht aufgetreten."

Bergrat Nollmann, Witten: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war zufriedenstellend. Wurmbehaftete wurden bei den Durchmusterungen nicht mehr festgestellt."

Bergrat Schale, Hattingen: "Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend."

Bergrat Richard, Süd-Böckum: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend. Doch ist die Wurmkrankheit immer noch nicht ganz erloschen. Die Untersuchungen ergaben insgesamt noch 18 Wurmbehaftete, die sich auf drei Gruben verteilen."

Bergrat Karl Dobbelstein, Nord-Böckum: "Der Gesundheitszustand der beschäftigten Personen war gut. Epidemische Krankheiten sind nicht aufgetreten. Gefundheitsschädliche Einrichtungen oder Zustände wurden nirgends angetroffen."

Bergrat Hennenbruch, Herne: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war zufriedenstellend."

Bergrat Schmidt, Gelsenkirchen: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im allgemeinen zufriedenstellend. Epidemien traten nicht auf. Bei den vorgeschriebenen ärztlichen Stichprobenuntersuchungen wurde nur ein Wurmbehafteter festgestellt."

Bergrat Köhne, Essen I: "Bei den Untersuchungen auf das Vorhandensein von Wurmkrankheit wurden insgesamt 10 Fälle ermittelt, die sich auf drei Gruben verteilen. Epidemien sind nirgends aufgetreten. Die Zahl der Krankenschichten betrug 277 929, auf den Kopf der Arbeiterzahl berechnet 16,09 (16,85)."

Bergrat Gerlach, Essen II: "Der Gesundheitszustand der beschäftigten Personen war zufriedenstellend. Fälle von Wurmkrankheit sind bereits seit acht Jahren nicht mehr vorgekommen. 11 917 Personen haben gefeiert meist infolge Erkrankung der Atmungs- und Verdauungsgänge, infolge von Influenza und Rheumatismus."

Bergrat Dr. Schäfer, Essen III: "Der Gesundheitszustand der Belegschaften war zufriedenstellend. Epidemische Erkrankungen traten nicht auf. Die Wurmkrankheit ist fast erloschen."

Geheimer Bergrat Rehmann, Werden: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war zufriedenstellend. Seuchen sind nicht aufgetreten."

Bergrat Koepe, Oberhausen: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend. Es waren 11 256 (10 790) Erkrankungsfälle zu verzeichnen. Die Wurmkrankheit hat auf den Reviergruben weiter erfreuliche Rückritte gemacht. Wurmkrankungen traten nur noch vereinzelt auf."

Bergrat Gaebel, Duisburg: "Erkrankungen an Genitalstarrze sind nicht mehr vorgekommen. Im übrigen war der Gesundheitszustand befriedigend. Vereinzelt sind Typhusfälle aufgetreten, ohne daß ein weiteres Umschreiten erfolgt wäre."

Bergrat Lücke, Dillenburg: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war gut. Massenerkrankungen fanden nicht vor."

Geheimer Bergrat Bolster, Weilburg: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter und ihrer Familien war im allgemeinen zufriedenstellend."

Bergrat Huhn, Düsseldorf: "Unter den Erkrankungen der Bergleute stehen Influenza, Starcke der Atmungsgänge und Rheumatismus wegen des im Grubenbetrieb unvermeidlichen schnellen Temperaturwechsels an erster Stelle."

Bergrat Bispink, Wied-Nennwied: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war durchaus befriedigend."

Bergrat Menzel, Köln-Ost: "Massenerkrankungen sind nicht vorgekommen. Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend."

Geheimer Bergrat Pfeifer, Köln-West: "Gesundheitsschädliche Einflüsse machen sich bei den vorhandenen Betriebsarten nicht geltend."

Geheimer Bergrat von Dassel, Koblenz: "Der Gesundheitszustand in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Familien war zufriedenstellend."

Bergrat Einer, Krefeld: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter darf als befriedigend bezeichnet werden."

Bergrat Ludowici, Aachen: "Die Zahl der Kurberechtigten Mitglieder des Wurmknappensvereins ist von 15 494 auf 17 455 gestiegen. Von diesen waren 16 244 aktive und 1211 inaktive Mitglieder. Bei den aktiven Mitgliedern kamen 24 013 (19 969), bei den Invaliden 1297 (1288) Krankheitsfälle zur Behandlung. Von den aktiven Mitgliedern haben 9206 (774) während der ärztlichen Behandlung die Arbeit nicht unterbrochen. Demnach ist in 14 887 (12 285) Krankheitsfällen gleich 61,8 (61,8) Prozent die Arbeit vorübergehend eingestellt worden."

Bergrat Oberholte, Neunkirchen-Saarbrücken: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im allgemeinen zufriedenstellend."

Bergrat Best, Ost-Saarbrücken: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war zufriedenstellend."

Bergrat Reimann, West-Saarbrücken: "Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im allgemeinen befriedigend. Unter den Bergleuten des Steinkohlenbergwerkes Gerhard traten wiederholter Typhusfälle auf, die in drei Abteilungen der Grubenanlage Viktoria festgestellt wurden. Infolge der zur Bekämpfung dieser Krankheit getroffenen Vorsichtsmassnahmen sind Typhus-Erkrankungen nicht wieder beobachtet worden. Die Epidemie konnte als erloschen angesehen werden."

Von 70 Bergbaurbeamten haben also 56 über die Gesundheitsverhältnisse in ihren Nebenberufen berichtet. Mit wenigen Ausnahmen zeigen diese Berichte eine Übereinstimmung, als wenn sie nach einem Konsens gearbeitet wären. Und so geht es Jahr um Jahr, immer sehen sich die Berichte ähnlich, wie ein Ei dem anderen. Wirklich wohltuend sticht von dieser schablonenhaften Berichterstattung der Bergrats Ludowici-Aachen ab, der sich auf die Angabe von Tatsachen beschränkt und sich eines Urteils enthält. Hat alle übrigen Bergbaurbeamten aber machen es umgekehrt, sie setzen an Stelle von Tatsachen nur ihr Urteil. Damit ist aber den Bergarbeitern und der Allgemeinheit nicht gedient. Wir wollen den Herrn von der Bergbehörde persönlich nicht zu nahe treten, aber im Interesse der Bergarbeiter muß gefragt werden: eine solche Berichterstattung ist die Druckfahrtwärze nicht wert; zur Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse können nur objektive Tatsachen und nicht diese subjektiven, viel zu optimistischen Urteile dienen.

Wie wenig diese Urteile in den Verhältnissen begründet sind, zeigt schon die Zahl der Krankheitsfälle, entnommen der "Zeitschrift für das Berg-, Hütt- und Salinenwesen im preußischen Staate", herausgegeben im Ministerium für Handel und Gewerbe. In den einzelnen Oberbergamtsbezirken betrug dann die Zahl der Krankheitsfälle (in Prozent):

	Breslau	Halle	Clausthal	Dortmund	Bonn	Ganz Preußen
1905	88,7	50,3	52,5	65,6	53,2	58,6
1906	85,5	47,0	58,0	66,5	55,4	54,7
1907	36,6	18,9	53,5	68,8	59,6	56,9
1908	34,6	52,6	51,6	62,1	69,6	55,9
1909	38,7	52,4	48,0	68,4	67,8	59,0
1910	42,3	50,0	45,5	67,6	56,4	57,0
1911	42,7	52,9	45,6	70,8	59,1	59,4

Die Krankenziffern schwanken danach 1905 zwischen 38,7 und 88,7 Prozent, 1911 aber zwischen 42,7 und 70,8 Prozent. Nach wie vor aber heißt es in den Berichten der Bergbehörden, der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend, durchaus befriedigend, im allgemeinen befriedigend, zufriedenstellend, im allgemeinen zufriedenstellend, gut, im allgemeinen gut, hat zu Klagen keinen Anlaß gegeben, über bemerkenswerte Erkrankungen ist nichts zur amtlichen Kenntnis gelangt. Sind auch die amtlichen Angaben über die stark steigenden Krankheitsfälle nicht zur amtlichen Kenntnis gelangt? Auf alle Fälle muß gefordert werden, daß sich die Berichterstattung der Bergbehörden auf die objektive Angabe von Tatsachen beschränkt, mit subjektiven Urteilen ist weder der Allgemeinheit noch den Bergarbeitern gedient.

Hofstenbach.

"Die Bewegung hat sich im Laufe der vergangenen Woche ganz anders gestaltet", schreibt der "Bergknappe" vom 28. März einleitend in seinem Bericht über den Streit auf Grube Hofstenbach. Gewiß, die Bewegung hat sich so ganz, ganz anders gestaltet, als es sich die "genialen" Führer vorher ausgemalt und

dass von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Presse dem Bergrat Kulemann eine bessere Anerkennung zuteil wurde, als von der Gegenseite. Namenslich hatte sich ein konservativ-scharfmärschiges Blatt, die "Volkswirtschaftliche Korrespondenz", unruhig herumgetragen in der Herausgabe der ersten Ausgabe des Buches.

In den vorliegenden jüngsten, dem vierten, fünften und sechsten Band, hat der Verfasser sich noch mehr als früher bemüht, dem Vorwurf der Parteilichkeit auszuweichen, und es ist ihm das, soweit uns hierüber ein Urteil reicht, gelungen. Wir sind sogar geneigt, den Verfasser ob seiner strengen Sachlichkeit unsere Anerkennung auszusprechen. Dann aber auch dafür, daß er einer Anregung des Bergrats folge gegeben hat, welche das Verständnis für das Wesen der ausländischen Gewerkschaften und der Unternehmensverbände sehr erleichtert. Die lobenswerte Neuerung besteht darin, daß Kulemann, bevor er an die eigentliche Darstellung der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Unternehmerverbände eines Landes herangeht, erst eine Knappe, aber ausreichende Erklärungen von den geographischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des betreffenden Landes entwirft. An sie schließt sich dann der weitere Aufbau des Stoffes organisch an. Es dürfte die reelle Klarheit von der Gliederung der Darstellung verdecken, wenn hier einige Kapitel aus dem Abschnitt "England", der den Reigen der 22 Einzelabschnitte beginnt, aufgeführt werden. Wir finden da unter anderem verzeichnet: Geographisches, Geschichtliches, Verfassung und Gesetzgebung, die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, der Dresdner Sozialismus, die Chartistengewerkschaft, Angriffe auf die Rechtsgrundlagen der Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbewegung, die politische Arbeiterbewegung, gelbe Gewerkschaften, die Wirklichkeit der Gewerkschaften, die Organisation der Arbeitgeber, die Beziehungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber, Statistik usw. Einzelne dieser Kapitel sind wiederum untertitelt, in denen, wie über die Beziehungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden, die Hauptgewerbe gejedert behandelt werden.

Natürlich weiß nicht jedes Land eine solche Reichhaltigkeit auf. Was dem hochfürstlichen England oder Frankreich zufolge, schafft sich noch lange nicht für das halbzbürglerische Argentinien oder gar für Russland. Simmerhin aber hat Kulemann mit großem Fleiß alles zusammengetragen, was über die Arbeiterbewegung eines jeden Landes zu bekommen war. Welche Mühe das gekostet hat, kann der Leser ungefähr annehmen. Gibt es doch immer noch Länder, wo die Gewerkschaften ihre höchste Strenge darin erhaben, jede Regelung der arbeitenden Klasse in Blut und hinter Kerkermauern zu erledigen. Da in solchen Vorortenstaaten die Arbeiter ihre Gewerkschaftsgesellschaften mit größter Vorsicht und Heimlichkeit betreiben müssen, damit sie den Händen nicht in die Hände fallen, ist es für den Ausländer doppelt schwer, einwandfreies Material über die Arbeiterbewegung zu erlangen. Zum

geplant hatten. Sie dachten an keinen Streit, wollten eine neue Komödie aufführen, einen neuen "Sieg" feiern, aber die Verwaltung hat sie ganz gegen ihren Willen in einen Kampf gedrängt, in welchem der "christliche" Gewerksverein nicht allein eine vernichtende materielle Niederlage erlitten hat, sondern in dem die Taktik und Logik des "christlichen" Streikbruches erkoren ist, daß die "Christenführer" ihren gewerkschaftlichen Bankrott anmelden müssten, wenn die Leute auch nur noch einen Funken von Klassen- und Arbeitersolidaritätsgefühl besäßen. Ihr unversöhnlicher Hass gegen die freie Gewerkschafts- und politische Arbeiterbewegung hat sie völlig blind gemacht und so fühlen sie sich in ihrer Judasrolle längst so mollig, daß sie selbst die härtesten, moralischen Stadenschläge nicht mehr empfinden.

Der Gewerksverein hat diese Bewegung allein, also ohne Hinzuziehung einer anderen Bergarbeiterorganisation eingeleitet, hat den Streit beschlossen ohne die Buntimung einer anderen Organisation und ohne diesen überhaupt Mitteilung zu machen. Trotzdem unser Verband auf Hostenbach mehrere Mitglieder hat, was die "Christenführer" sehr wohl wissen, haben sie weder unsere Beiratsleitung noch unseren Hauptvorstand von ihrem Vorgehen und Vorhaben in Kenntnis gesetzt, haben unsere Meinung nicht eingeholt, sondern alle Anderen denken mit souveräner Beiratung und Gering schätzung bei Seite geschoben. Würde eine freie Gewerkschaft so gehandelt haben, dann würde der gefeierte "christlich-nationalen" Alsterwald von der "Norddeutschen Allgemeinen", der "Rhein-Westf. Zeitg." usw. bis zur "Westdeutschen Arbeiter-Zeitung" über sozialdemokratischen Terrorismus beschneien, würde Flagen über die "Monopolisierung" des Arbeitsmarktes durch die Sozialdemokraten. Und damit wir zu der Bewegung auch feinerlei Stellung nehmen könnten, haben uns die ersten "Christen" alle Säfe in der ganzen Umgegend abgetrieben! Dennoch haben wir unsere Mitglieder angewiesen, unabdingte Solidarität zu halten und unentwegt mitzukämpfen dort, wo sie evtl. auch mit ertragen wollen. Selbst die "christliche Zeitung" erkannte in ihrer Nr. 889 vom 25. März an, daß unsere Aufrufserklärung schreibt: "Soch die Solidarität der Bergarbeiter", was sie im Hinblick auf die Vorkommnisse im März 1912 im Ruhrgebiet "interessant" fand. Wenn das Blatt der rheinischen Hochfinanz vielleicht geglaubt hat, wir würden Gleiche mit Gleichen vergelten, wie würden den Dringenblit abwarten, bis wir dem Gewerksverein mit einem Streikbruch seinen Streikbruch von 1912 heimzahlen könnten, dann hat das Blatt sich sehr verrechnet. Wir sind Arbeiter und als solche wissen wir, daß sich im Wirtschaftskampf nicht "christliche" und "unchristliche" Arbeiter gegenüberstehen, sondern Unternehmer und Arbeiter. In diesem Kampf könne unser Plan doch nur allein an der Seite unserer Arbeitsbrüder sein, ganz gleich, ob diese in ihrem Denken und Fühlen zu uns oder gegen uns stehen. Für die "christliche" Streikbruchleitung mag es "rühmend" sein, durch ihren Streikbruch 1912 über Verbandskameraden gefiebt zu haben, wie verzichten auf den "Ruhm", über christliche Arbeitsbrüder zu siegen. Die Solidarität ist das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterschaft, ohne die sie der Selbstzerstörung und Selbstvernichtung verfallen muß. Darum ist uns auch die Solidarität so heilig, daß wir selbst über formale und grobe Verleugnungen gewerkschaftlicher Aufstandspflichten, über taktische Taktikfähigkeit hinwegsehen, einen Streik auch dort als zu Recht bestehend anerkannten, wo man ihn ohne unsere Zustimmung und selbst, wie in Oberhausen, gegen unseren Willen beschloß.

Anderer handelt die "christlichen" Gewerkschaften, vor allem die Streikbruchleitung des Gewerksvereins. Trotzdem wir diese 1912 zum gemeinschaftlichen Zusammensein eingeladen, sie um Solidarität ersucht hatten, drogen sie unseren Streik und versuchten sich um das Odium des Streikbruchs dadurch zu schützen, indem sie den alten Begriff "Streikbrecher" "christlich-national", "interpretierten". Nach dieser "Interpretation", die noch klarlich im "christlichen" "Zentralblatt" von einem ganz Besonderen "christlich-nationalen" "Schlaukopf" erneuert wurde, sollen Mitglieder einer Gewerkschaft keine Streikbrecher sein, wenn diese Gewerkschaft den Streik nicht mit beschlossen hat. Der Gewerksverein habe 1912 den Streik im Ruhrrevier nicht mit beschlossen, folglich bestand für den Gewerksverein kein Streik und somit konnten die Mitglieder auch keine Streikbrecher sein. Streikbrecher seien nur solche Arbeiter, die den Streik mit beschließen, erst auch mitstreiten, dann aber im Kampf abschaffen, zur Arbeit zurückkehren.

Nach dieser Logik bestand auf Hostenbach für niemand, außer den "Christen", ein Streik, weil außer ihnen niemand einen solchen beschlossen hatte. Es mußte einen sehr sonderbar an, wenn der "Bergknappe" von Streikarbeit und Streikbrecherbüro aus für Hostenbach schreibt. Wir hätten so viel Konsequenz seiner eigenen Logik erwartet, daß er bei anderen billigt, was er selbst zu tun beansprucht. Für die Hostenbacher Streikbrecher und er recht für diejenigen, die sich auf die Zinsrate in der Beiratsleitung haben anwerben lassen, bestand ebensoviel ein Streik, wie für die "christlichen" Mitglieder 1912 im Ruhrrevier, und es ist deshalb vom "Bergknappen" geradezu niederrückig und gemein, diese Leute jetzt als Streikbrecher zu bezeichnen, weil der Streikbruch sich gegen den Gewerksverein richtete. Würde der Streikbruch sich gegen den Verband gerichtet haben, würde es auch jetzt, genau so wie in Hausham und auf Lüdenscheid im März 1912, nach der Logik des "Bergknappen" und des "christlichen" Zentralblatts keine Streikbrecher geben, weil es in Konsequenz dieser Logik überhaupt keine Streikbrecher mehr gibt. Was den "christlich-nationalen" Arbeitstwilligen recht ist, muß den Gelben und berufsmäßigen Streikbrechern billig sein und so können diese ihren Streikbruch durch den "Bergknappen" und das "christliche" Zentralblatt glänzend rechtfertigen.

Der "christliche" Gewerksverein erkennt jetzt auf Hostenbach die Drücke, die er 1912 gesetzt hat, wird sie bei späteren Gelegenheiten noch reichlicher ertragen. Wer so skrupellos und mit so wahllosen Mitteln den Kampf gegen die freien Gewerkschaften führt, wie die "christlichen", kann auf die Dauer dem Schicksal nicht entgehen; sich selbst zu vernichten. Sie behaupten zwar – und einige unter ihnen mögen es auch glauben –, sie bekämpfen die Sozialdemokratie, während sie in Wirklichkeit die Arbeiterschaft bekämpfen. Die Sozialdemokratie haben sie noch nirgends besiegt, wohl haben sie die Arbeiterschaft um ihre Erfolge betrogen und haben, um das zu erreichen, unter der Arbeiterschaft die Standesehrone und das Solidaritätsgefühl zerstört. Früher galt es unter der Arbeiterschaft als ehrlös, einen Streik zu brechen, heute rütteln sich "christlich" organisierte Arbeiter, die Arbeitsplätze ihrer "roten Brüder" einzunehmen, sobald diese in einen Streik getreten sind, und triumphieren, wenn sie auf diese Art "siegen". Die Sieger sind natürlich in allen Fällen die Unternehmer. Wer jedoch den Streikbruch gegen die "roten Brüder" predigt, wird und muss erleben, daß die Streikbrecher schließlich zwischen "roten" und "schwarzen" Brüdern keinen Unterschied machen. Der Gewerksverein hat jetzt auf Hostenbach zu beweisen, wie man die Bergarbeiter zum Sieg führt, nachdem man sie zerstört hat, ihnen das Solidaritätsgefühl zerstört und die bergmännischen Ehrengesetze geraubt hat, und die "christlichen" Mitglieder müssen hier empfinden, wie "angenehm" es für streikende Bergarbeiter ist, wenn die Zahl der Streikbrecher von Tag zu Tag wächst.

Schon mancher gewerkschaftliche Kampf ist verloren gegangen, ohne daß deshalb ein Makel an der unterliegenden Organisation hängen geblieben ist, aber hier haben Umstände die Niederlage herbeigeführt, so schamhaft wie sie schamhaft völker noch nicht waren und nicht mehr kommen können. Christliche Gewerkschafter, hunderte und Tausende und Tausende von Bergarbeitern wurden von der liberalen und scharfmächerischen Grubenverwaltung der Firma Röhlings ausgesperrt. 18 Männer dauernd abgelegt, und mit diesen Ausgesperrten und Abgelegten erklären sich etwa noch 140–150 Mann solidarisch, legen am 18. März die Arbeit nieder und schon am folgenden Tag brachte die "Essener Volkszeitung", das Blatt des millionenreichen Grubenaktionärs Buh, in dessen Bereich der "Bergknappe" gebracht wird, ein Interview, in dem Streikbrecher für den liberalen Gruben- und Hüttenbesitzer Röhlings gesucht wurden, und schon am 20. März dampften 279 "christlich-nationalen" Streikbrecher von Essen per Extrazug nach Hostenbach, womit der Ausgang des Kampfes schon entschieden war. Die politische Beiratsprese gegen die armen Beiratsarbeiter, unterstützte den liberalen Grubenaktionär gegen gleichaufende katholische Arbeiter und die "christlichen" Gewerkschaftsführer fanden nicht den Mut, dieses schofle Verhalten ihrer eigenen Parteipresse zu geistigen. Mit seinem Wort hat der "Bergknappe" noch ein Streikführer und selbst der "Geheimrat" Vogelsang "persönlich" dieses Verhalten gebrandmarkt, im Gegenteil, sie hielten es stillschweigend an und sie ließen über die Arbeiterpresse her, als diese die Anwerbung von Streikbrechern durch die Beiratsprese an den Pranger stellte. Die Beiratsprese hat auch sonst in dem Kampf völlig versagt, sie hat als Vertreterin des Privatkapitalismus mehr auf Seiten der Beiratsverwaltung gestanden, als der Beiratsarbeiter, und als wir das Kündigen der sarrabischen Industriellen gegen die abwandernden Hostenbacher Bergarbeiter, also gegen katholische Arbeiter und "christliche" Gewerkschaftler, abdrückten, hat die Beiratsprese dasselbe dennoch tolgewiegen. Alles diesem ganzen Verhalten gewinnt man die Überzeugung, daß das Beirat im vollen Einverständnis der Gewerkschaftsleitung den Streik kaput gemacht hat. So ist Hostenbach zum Zentrum der "christlich-nationalen" Gewerkschaftstatik geworden. Als Arbeiterorganisationen sind sie erledigt, zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung dienen sie dem Kapital weiter.

Trotz der vernichtenden Niederlage wogt es der "Wahrheitsliebende" "Bergknappe", in seiner Nr. 21 zum Streikabbruch sogar zu schreiben:

"Wir hätten ja gerne noch mehr erreicht, wie hatten es auch nicht für den Frieden dienten, wenn darüber gestritten wird, wer am meisten nachgeben hat. Wollten wir uns mit der Frage beschäftigen, so hätten wir mehr Grund, mit dem Ergebnis des Streiks zufrieden zu sein, als die Grubenverwaltung. Das wird jeder einsehen, der das Ergebnis betrachtet und dabei berücksichtigt, daß die Grubenverwaltung noch vor einigen Wochen jede Verhandlung ablehnte."

"Noch mehr" hätten die "Christen" auf Hostenbach gerne angenommen, ein Beweis, daß sie wirklich nicht an Weisheit und Fähigkeit fehlen! Noch mehr konnte denn wirklich "noch mehr" erreicht werden? Sehen wir deshalb die Forderungen und das "Erreichte" gegenüber, damit jeder Kamerad beurteilen kann, welch "kolossal Erfolg" die "Christen" erzielen und in der Tat mehr Grund haben, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein, als die Beiratsverwaltung.

Forderungen nach dem "Bergknappen" Nr. 11 vom 14. März:

1. Amtsnahme der Strafe wegen Nichtantritts am Fastnachtsdienstag. Fastnachtsdienstag war seit Beisehen der Grube Feiertag.
2. Weitere Beschäftigung der (18) gekündigten Arbeiter.
3. Wiedereinführung des gemeinsamen Gebets.
4. Neine Rendierung der Arbeitsordnung.
5. Humane Behandlung seitens der Beamten.
6. Erlaubnisgewährung wie auf den staatlichen Gruben.

Ereicht wurde nach der "Saarpost" vom 16. Mai:

1. Nieber die Bestrafung vom Fastnachtsdienstag hat die Verwaltung nichts zu bestimmen, da die Gelder bereits der Unterhaltungsstasse einverlebt sind. Fastnachtsdienstag gilt als Arbeitstag.
2. Die 18 Bergleute, denen gekündigt worden ist, fahren nicht mehr an. Die drei Sicherheitsmänner werden nicht wieder angelegt.
3. Wurde fallen gelassen.
4. Betreffend der neuen Arbeitsordnung: § 7 bleibt in der neuen Fassung bestehen. 5. und 6. wurde fallen gelassen.

Also alles abgelehnt, statt 18, 21 Gemahregelte.

Das sind die "befriedigenden Erfolge" eines achtwöchigen Kampfes des "starken Gewerksvereins", und da wollten sie gerne "noch mehr" erreichen! Wirklich, keine befriedigenden Leute! Wer verhandelt hat doch die Grubenverwaltung, wozu sie vor einigen Wochen noch nicht bereit war, schreibt der "Bergknappe". Das ist Schwund! Die Verwaltung hat die obigen Bedingungen von Anbeginn gestellt, sie ist nicht um Haarsbreite zurückgegangen, nur hat sie den "christlichen" Notau vom Bürgermeister und dem Knappenschaftsarzt entgegengenommen, an den sie gar nicht mal gebunden ist.

Wie unsere Gegenüberstellung zeigt, bringen es diese "christlichen" Arbeiterschüler fertig, aus der klüglichen Niederlage, mit der jemals ein Streik geendet hat, noch einen "Erfolg" herauszuwinden! Bedauernswerte Arbeiter, die folchen "Führern" nachlaufen!

Geplante Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerb. Berufskrankheiten.

Den Mittern, Heiligen und "Christenführern" verdankt die deutsche Arbeiterschaft, daß bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung die geplante Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten nicht Gesezt wurde. Die sozialdemokratische Partei hatte den Antrag gestellt, Berufskrankheiten als Unfallsfolgen zu betrachten, doch der Antrag wurde abgelehnt mit Hilfe Behrens und Genossen, und durch Kompromiß wurde der § 547 der RVO geschaffen, der weder Fleisch noch Fleisch ist. Er lautet:

"Durch Besluß des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen."

Dieser Paragraph spricht bloß von gewerblichen Berufskrankheiten, und die Gegner der Ausdehnung erklären auch, daß er nur Bezug auf die gewerbliche Unfallversicherung habe, nicht aber für die landwirtschaftliche und See-Unfallversicherung in Betracht komme. Die "christlichen" Führer haben zwar schon ihre Unumkehr eingeschaut und bestimmt nun den Bundesrat, zu beschließen, daß Augenärzte der Bergarbeiter als Unfallsfolgen anzusehen. Sollte wenn der Bundesrat darauf eingehen würde, was sehr fraglich ist, sind der Berufskrankheiten noch so viele, die als Unfallsfolgen gelten müssen. Die "christlichen" Arbeiter können sich bei ihren "Führern" bedanken, wenn ihre Erwerbsunfähigkeit durch Berufskrankheiten nicht nach den Bestimmungen der Unfallversicherung entzöglicht wird.

Außerdem dem Augenzittern (Myastigmatismus) werden die Bergarbeiter noch von der Wurmkrankheit (Anthosomiasis) befallen und auch die

Blutarmut (Anämie) ist eine Berufskrankheit der Bergarbeiter. Bei anderen Arbeiterkategorien sehen wie die Bleiflöte z.B. bei den Anstreichern, die Ammoniaktoxose bei mit Phosphor beschäftigten Arbeiter, die Vergiftungen mit Benzol, die Vergiftungen verschiedenster Art in chemischen Fabriken, die Vergiftungen in Guinminen mit Schmelzlochstoff der Nieren und Potenzschwäche. Erst kürzlich gingen grauenhaft Schilderungen durch die Zeitungen, daß hunderte von Arbeiterinnen in den Guinminen in St. Petersburg der Prostitution durch Vergiftungen unterlagen. Die Haulaudsäge der Fischer, die durch fremdes, eingekauftes Holz herverursacht werden, machen in jüngster Zeit sehr viel von sich reden. So gibt es noch Dutzende von Krankheiten, die eigentlich als Unfallsfolgen zu betrachten wären.

In England besteht heute schon die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, während es im "sozialen Königreich" Preußen/Deutschland erst der Genehmigung des Bundesrats bedarf.

In letzter Zeit erschien nun auch die Gegner der Ausdehnung der Unfallversicherung auf dem Plan. So erschien in der "Göhmannschen Buchhandlung" zu Hannover eine Broschüre: "Die geplante Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten, Vortrag von Dr. jur. Oster, Geschäftsschreiber des Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Hannover". Der Vortragende ruft den Berufsgenossenschaften und Unternehmen zu, beizutreten auf dem Posten zu sein, denn es besteht die Gefahr, daß die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten erfolgen werde. Er bestätigt sich, daß die fachmännische Kritik der Praktiker der sozialen Versicherung der Meinung in der öffentlichen Meinung entbehre. Manche unpraktischen oder einseitigen Gesetzesbestimmungen ließen sich nur so erklären: die Kritik sei zu spät ein, insgesamt hätten die einseitig (1) unterstellten Gelehrte schon gesprochen, ehe man sich zur Abwehr rügte. Wie Herr Oster in die soziale Versicherung verstanden wissen will, zeigt folgender Satz:

"Ein Beispiel solcher verspäteten und unklopfen Kritik sehen Sie in dem augenblicklichen Streit um die Krankenversicherung der Dienstboten, eine kräftigere Gegenwehr der Dienstherren hätte zur Zeit der Entstehung der Reichsversicherungsordnung wohl manches Einzelheit praktischer gestalten können."

Diese Ausführungen zeigen, wohin die Meile gehen soll, und man wundert sich nicht, wenn man den Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft in seinen weiteren Ausführungen als erbitterten Gegner der Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten kennnen lernt. Er betont, daß seines Wissens der Handwerks- und Gewerbeleiterstag zu Solle im August 1918 eine ablehnende Entscheidung an die Reichsregierung gerichtet habe. Von den Berufsgenossenschaften habe sich die Knappens-Berufsgenossenschaft gegen die Unterstellung des Postamts unter die Unfallversicherung ausgesprochen. Auch habe der Verband der deutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften ein Urteil des Reichsgerichts der Ausdehnung nach § 547 RVO vernerkt und finanzielle und soziale Belohnungen forderte. Der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften forderte verschiedene Kautioen, die aber alle ein Nachgeben in der grundsätzlichen Frage voraussetzen. Für die erweiterte Unfallversicherung sei die chemische Industrie gewesen.

Herr Oster liest ihr aber auch dafür gehörig den Text und weiß "warum empfindendes Herz" er hat, verraten folgende Ausführungen:

"Man kann das Vorgehen (der chemischen Industrie) vergleichen mit dem jener Arbeitgeber, die freiwillig auch die große Hälfte der Beiträge zur Invaliden- oder Unfallversicherung tragen; sie beweisen damit ihre glückliche finanzielle Lage und ihr gutes Herz, als sozialpolitisches Verständnis und Rücksicht auf andere weniger starke Unternehmer."

Nachdem so der Vorsitz der Berufsgenossenschaft in Hannover den "Chemischen" gehört den Text gelesen, geht er auf die Mehrferten ein, die durch Ausdehnung der Unfallversicherung entstehen. Die Sektion I der Knappens-Berufsgenossenschaft rechnet allein für Sachsen eine Mehrbelastung von 1,2 Millionen Mark jährlich für Rüstagnus. Der preußische Bergfiskus müßte dann jährlich 60 000 Mt. mehr Umlage an die Berufsgenossenschaft zahlen.

Herr Oster fragt dann:

"Siehe nun dieser Mehrbelastung erhebliche Vorteile für die Allgemeinheit gegenüber, etwa durch bessere Heilung oder Verhütung der Berufskrankheiten?"

Er verneint dies. Das Heilverfahren der Berufsgenossenschaften galt im allgemeinen als besser wie das der Rentenversicherung. Wohl blieben in England auf der Liste der entzündungsfähigen Gewerberankheiten 24 solcher Krankheiten, darunter auch der Rüstagnus, doch wurde es auf die Dauer mit diesen 24 Fällen nicht genug sein und andere würden folgen. So zieht der Doctor "nur" die äußerste Konsequenz, wenn er die Berufskrankheiten der Kellnerinnen zu den Berufskrankheiten zählt. "Sie sehen, meine Herren", rief Herr Oster in seinem Vortrage aus, welche Aussichten auf Erweiterung des Berges sich noch bieten, und wenn irgendwo, so heißt es hier: Prinzipiell ob das Bergwerk der "Bildender" oder "Ausführende" ist". Der Herr Geschäftsführer zieht alle Möglichkeiten auf, um das Unternehmertum und die Berufsgenossenschaften scharf zu machen gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten.

Direkt beleidigt für die Arbeiter, besonders für die Schweizer, sind folgende Ausführungen:

"Leben die Erfahrung, die er in dieser Hinsicht in der Schweiz gemacht hat, berichtet Professor Nageli von der Universität Tübingen: Ein schlagendes Beispiel, wohin man mit der Vollversicherung kommt, zeigt die Bleivergiftung, die in einigen Kantonen der Schweiz als gewerbliche Krankheit dem Unfall gleichgestellt ist. Zahl für Zahl hatten wir in Zürich mehr als 100 Bleifarante, die oft kaum mehr zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen waren, auch wenn ihre Krankheit bisweilen kaum zu beweisen war, und dabei wurde im beschworenen Zügen unter gleichen Verhältnissen kein einziger Fall registriert. Die Bleikrankheit nahm labilitätsartig zu gegen die Zeit der Arbeitslosigkeit im Winter. Ich will durchaus nicht sagen, daß da keine Simulation vorhanden war, ganz im Gegenteil. Hat immer war etwas Wahres vorhanden, aber die Fälle erschienen meist so leicht, daß sie unter anderen Umständen, das heißt ohne Versicherung, in zwei bis drei Wochen allerspätestens geheilt gewesen wären. Untersuchungen auf dem Lande – wo die Versicherung nicht gilt – über die Dauer schwerer Bleitolfälle und bei Weibern, wo sie ebenfalls nicht gilt, ergaben sogar noch viel niedrigere Zeitspannen... Auch die Ansprüche dieser Leute liegen ins Umgemeindene, haben doch einzelne festgestellt, daß sie im kalten Winter nur in der Nähe Solling finden können, und einer wollte allen Gründen gar nach Solling ziehen, selbstverständlich auf Kosten der Versicherung, mit der Begründung, bei reichen Herren würde der Arzt das auch verordnen."

Mit solchen Wacken sucht man die berechtigten Forderungen der Arbeiter auf genügenden Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit abzutun. Die Herren der chemischen Industrie haben aber schon eingeschaut, daß den Armen, die im Interesse der Industrie, des Kapitalismus, ihre Gesundheit geopfert haben, auch ein Unrecht darauf gegeben werden muß, während ihrer Arbeitsunfähigkeit leben zu können. Doch die Berufsgenossenschaften sind es, die stark laufen gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Berufskrankheiten. Das sie mit so gutem Erfolg können, daran tragen Schulz die Kompromißpartei. Die Mittern, Heiligen und "Christenführern", die alle dahin gehenden sozialdemokratischen Anträge, die Berufskrankheiten als Unfallsfolgen zu betrachten, ablehnten. Würden sie als Arbeitervertreter gehandelt haben, dann wäre die Bestimmung im Gesetz und müßten, wie in England, auch in Deutschland die Folgen der Berufskrankheiten entzöglicht werden. Leute sitzen die "Christenführer" vor dem Schiedsgericht des Bundesrats und bitten um das, was sie im Reichstag ablehnen. Die Arbeiterschaft tut gut, solche Gelehrte nicht mehr in das Parlament zu entsenden.

Nunneche hat wieder einmal eine Spruchkammer das Gegenteil für Recht erklärt. Der Fall betrifft einige Arbeiter der Zeche Victoria bei Auefordreh. Die Leute waren Mitglieder eines Vergnügungsvereins und hatten es nicht gehindert, daß auf dem Maskenball des selben die Zeche verspottet wurde. Durch eine Maske war die Zeche als Angstschägrube gekennzeichnet worden und diese Maske hatte auch noch den ersten Preis erhalten. Wagt man nun auch darüber streiten, ob es geschmackvoll war, eine solche Maske zu wählen, auf alle Fälle aber handelt es sich doch nur um einen Fastnachtscherz, durch den nicht die Beamten persönlich, sondern nur die Zeche als solche gejohrt wurde. Es sollte aber den Kameraden, die meist selbst in der Maske gestellt, noch diese veranlaßt halten, teuer zu stehen kommen. Am Tage nach dem Feste flogen sie aufs Straßenpfaster. Auf Victoria ist man eben sehr empfindlich. "Dat ist Zeche op dem Blasball verhüneplestet word, id wi nich verböggen."

Gegen die sofortige Entlastung wurde das Berggewerbege richt angesprochen. Dieses entschied, daß mit der Maske nicht nur die Zeche, sondern auch deren Beamte beleidigt seien, und da die Käger nichts getan hätten, um die beleidigende Darstellung zu verhindern und zu befehligen, so seien sie zu Recht entlassen und hätten keinen Anspruch auf Bezahlung der Kontraktbruchstrafe.

Die Zechen sind also jetzt gegen die Anklageleitungen auf den Maskendänen geschützt. Die "Goldgruben", die so reichlich Brot und Arbeit geben, bleiben nicht verläßt werden. Geschichtlich doch, dann ist jeder Arbeiter der Zeche verpflichtet, auch auf Vergnügungsfesten, bis die Befreiung eines Gendarms zuzugehen und dagegen einzutreten, sonst Entlassung. Und das ist nach dem Urteil Recht!

Reform der Berginspektion. Das Unglück auf der Braunkohlengrube Glückauf in Röthenau (Schlesien).

Bei einem Schlaubendurchbruch sind am 8. Mai vier Bergarbeiter — drei davon Familienbäder mit reicher Kinderfrau — getötet worden. Nur eine Leiche konnte geborgen werden, während die anderen nach Flucht der Bergarbeiter noch wochenlang liegen müssen. Die bei den Bergungsarbeiten beschäftigten Leute nutzten die Flucht ergebnis vor den weiter vordringenden Schlammmassen. Der Durchbruch ist von solcher Gewalt gewesen, daß der Schlauban 8. bis 400 Meter — bis in die Seilbahn — vorgebrungen ist. In der Erdoberfläche zeigt ein Teich von der ungefährigen Größe eines Morgens, welche Kräfte da unter gewirkt haben. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Kohlen 50 Meter tief liegen.

Im Interesse der beschäftigten Arbeiter müssen wir die Fragen aufrütteln: Wie konnte das Unglück geschehen? Welches sind die Ursachen? Ist seitens der Betwaltung und der Bergbehörde alles getan worden, um eine derartige Katastrophe zu verhindern?

Die Grube Glückauf hat auf allen ihren Schächten mit der Gefahr von Schlaubendurchbrüchen zu rechnen. Das über der Kohle befindliche Deckgebirge besteht aus einer schwachen Tonschicht, einer Lage Sand und dann folgt das Schwimmende. Wenn unter solchen Verhältnissen nicht mit der allgemeinen Vorsicht abgebaut wird, dann sind Katastrophen und Menschenopfer unvermeidlich. Diese Tatsache ist und muß auch den verantwortlichen Beamten und der Bergbehörde bekannt sein. Schon als die Straßen in dem neuen Geibsdorfer Flügel aufgefahrene wurden, war schlechter Brand. Es wurde auch beim Abbau nicht besser. Seit Wochen wurde abgebaut und noch kein Bruch vor richtig gegangen. Zur Zeit des Unfalls standen bei Lutzenbach vier, bei Menzel drei und bei Förster zwei Brücken, im ganzen also neun Brücken offen, die nicht gegangen waren. Wassersäulen waren in jeder Strecke nur eine vorhanden und diese standen 15, 20 und mehr Meter quer. Das Gedinge an der Unglücksstelle ist am 13. April um 2 Pf. und am 1. Mai um weitere 2 Pf. pro Wagen reibugiert worden. Obwohl man wußte und wissen mußte, welche Dose man hatte — in der Strecke von Förster ist das Hängende angebohrt worden — ließ man es zu, daß die Sicherheitspfeiler durchgehakt wurden, so daß man von einem Bruch in den anderen gehen könnte. Die Aushöhlen standen fest und so mußte das Durchdringen der Brüche erst das Gelb bringen bei dem reduzierten Gedränge. Ein Bergarbeiter berichtete: "Die Fläche, die offen stand, war so groß, daß ich mit meinen Füßen und dem Wagen darin herumfahren konnte." Das Offenstehen dieser großen Flächen kann den verantwortlichen Beamten nicht verborgen geblieben sein. Selbst wenn man von den Gebirgsverhältnissen keine Kenntnis hätte, durfte man die Fläche nicht offen stehen lassen. Die Bestimmung des § 198 Abs. 3 der Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamt Breslau:

"... Ausgeraubte Brüche dürfen von niemand mehr betreten werden; sie sind von den übrigen Grubenbauen derart abzusperren, daß durch ihr nachträgliches oder weiteres Zubruchgehen in der Nähe befindliche Arbeiter nicht gefährdet werden..."

schint nicht mehr zu gelten. Wo derartige Flächen offen stehen, müssen solche Katastrophen eintreten.

Die Katastrophe ist auch nicht so plötzlich gekommen. Die ersten Anzeichen des Bruches haben sich in der Frühstück gezeigt. Ein Arbeiter wurde schon vorher von hereinbrechenden Kohlen verschüttet, daß er sterben mußte. In der folgenden Schicht ging das Wasser langsam zu jütern an. Nun wurde an das Verbrennen des Bruches gegangen. Bei dieser Arbeit wurden die Verunglüchten von den Schlammmassen überwältigt. Hatte man in der Frühstück, als sich der Tod bemerkbar machte, angesichts der großen offenen Fläche einige Felder im freien Höhleinstoß verbrannt und verfüllt, dann waren zwar Kohlen verloren, aber nicht der Tod von vier Bergarbeitern zu beklagen.

Am 28. April hat der Bergbeobachtungsbeamte mit noch einem Hinter die Grube im Beisein von Grubenbeamten besichtigt. Auch im Hüglflügel sind die Herren gewesen. Einer der Herren fragt einen Arbeiter, was er verdiente. Der Kamerad antwortete: "25 Pf. für den Wagen." "Wieviel Wagen machen Sie?" fragt der Herr. Als ihm der Kamerad sagt, daß 30 Wagen geliefert würden, meinte der Herr: "25 Pf. sind zu viel; da sind Sie wohl schon um 2 Uhr auf der Station, da werdet Ihr reich." Der Bergbeobachtungsbeamte fragt vor einer Arbeit, daß er bei den Bergleuten keinen nassen Buckel mehr sieht. Wenn der Bergbeobachter die schwitzfreien Buckel der Arbeiter sah, muß man annehmen, daß er auch gesehen hat, daß die alten leeren schwitzenden Brüche noch nicht gegangen waren. Warum hat man nicht angeordnet, daß die alten Brüche unverzüglich so abgeschlossen würden, wie es die oben erwähnte Bestimmung der Bergpolizeiverordnung verlangt? Selbst wenn diese Bestimmung nicht ausreichte, warum sind keine besonderen Anordnungen erlassen worden? Nach § 198 des Berggesetzes sind bei dem Vorhandensein einer Gefahr vom Oberbergamt nach Betriebsleitung des Bergwerksbesitzers oder des Repräsentanten die nötigen Anordnungen durch einen Beschluß zu treffen. Ist die Gefahr eine dringende, dann hat der Bergbeobachtungsbeamte ohne Genehmigung des Besitzers in derart die Anordnungen zu treffen. Auf Glückauf bestand eine Gefahr. Die Bergbehörde mußte wissen, daß auf dieser Grube schon auf allen Schächten Katastrophen sich ereignet haben. Ist diese Katastrophe doch schon die vierte in Thalau zwei Jahren. Am 5. Dezember 1912: Schlaubendurchbruch auf dem Albertshacht — ein Toten — ein Tochter; am 21. Juni 1913: Schlaubendurchbruch auf dem Rosenberger — ein Tochter; am 28. August 1913: Schlaubendurchbruch auf dem Albertshacht — ein Tochter und ein Berlecker. Jetzt, am 9. Mai 1914, waren es vier Kameraden, die als Opfer fielen. Wäre es bei dieser Schlag nicht möglich gewesen, der Gefahr durch geeignete Anordnungen vorzubeugen? Vor derartigen Gefahren helfen die im Berichtsaufgeführten und herborghobenen Karbidlampen nichts. Starke Tannen müßten gebaut werden, daß bei einem Bruch der Brücke die Leute gerettet werden. Würden diese Maßnahmen nicht getroffen, dann könnte die Bergbehörde dieselbe anordnen auf Grund der oben angezeigten Paragraphen.

Mit der nachträglichen Unterredung der Unfallstellen wird man nicht immer den wahren Zustand erfassen, wie es zur Zeit des Unfalls war. Welche Veränderungen da eintreten können, beweist folgender Bezug: Am 8. Juli 1911 verunglühte auf dem Wölfelschacht ebenfalls durch Zusammenstoß eines Bruches ein Arbeiter. Vor dem Unfall stellten in der Strecke und im Bruch ein großer Teil der Einwachshölzer. Bevor man die Leiche bergen konnte, mußten Einwachshölzer entfernt werden. Etwa zehn Arbeiter verrichteten diese Arbeit. Als der Bergbeobachtungsbeamte kam, war die Strecke in Schaub. Die Einwachshölzer

standen. Wenn man auch annimmt, daß die Stellung der Einwachshölzer notwendig war, um die Leiche bergen zu können, so muß man doch beachten, daß zur Zeit der behördlichen Aufnahme der Unfallstelle diese ein ganz anderes Gesicht hatte.

Die Ursache der Katastrophe war eben, wie in vielen hunderten von Fällen, das kapitalistische Betriebssystem. Wenn, wie in diesen Gruben, die Katastrophen nicht ausbleiben, dann müssen eben Maßnahmen getroffen werden, wenigstens Menschenopfer zu vermeiden. Wenn die Katastrophe da ist, dann läßt sie sich nicht mehr aufhalten. Man soll dann aber nicht die Verhinderung durch das Offenstellenlassen bearbeiten großen Flächen schaffen. Müssen Kohlen verloren gehen. Werboller als Stoffen sind Menschenleben, die in erster Linie geschützt werden müssen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Tagessordnung zum Gewerkschaftstag.

Ist noch um zwei Punkte erweitert worden; es sind noch Referate vorgelesen über die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise und über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Auch jetzt sind die Referaten über die einzelnen Vertragsgegenstände erwartet worden. Den Monatsbericht der Generalversammlung gibt Karl Legien, den über das Arbeiterinnen-Sekretariat Pauline Gertrud Hanna, über die sozialpolitische Abteilung Bericht Robert Schmidt und über das Zentral-Arbeitssekretariat Rudolf Wissel. Referat über die "Vollstoffsorge" ist Gust. Bauer, über die Handhabung des Reichsvereinigungsvertrages August Reich-Hannover, über Arbeitswillkür und Unternehmerverband Alexander Schlüter Stuttgart, über die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Adam Neumann Berlin, über Arbeitslosenfürsorge August Winnig Hamburg, über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge Theodor Leipart Berlin, über den Einfluß der Lebensmittelsteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse Johannes Timm München.

Krat Hoensbroek gegen die „Christen“.

Viel Respekt hat der Klerikale Graf und Marquis v. Hoensbroek auf Schloss Haag bei Geldern vor den "Generalchristen" nicht, denn trotzdem der "Geheimrat" Vogelsang ihm mit Klage und schwerer Strafe wegen "Besiedigung" und "Verleumdung" der "generalen" Streitbrüder gebracht hat und der Generalverbandsgeneralsekretär Steigerwald in der "Kölner Volkszeitung" gegen den Grafen und Marquis zu Felde zog, reitet der Graf weiter "Attacken" gegen die "Generalchristen". Am 17. Mai hat er im Südtirolischen Saalbau zu Eppen als gelber Arbeitervührer eine "schwarze Attacke" gegen die "christlichen" Gewerkschaften gerichtet und dabei seine Vorwürfe aus der Saarbrücker Verlammung alle aufrecht erhalten. Also keine Durchsetzung, noch schlimmer wie die schlimmsten "Antiregionalen", ein neuer — "Querstreiter"! Nach der klerikalen "Kölner Volkszeitung" (Nr. 450) führte der Klerikale Graf und Marquis aus:

"Dem Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Steigerwald habe er für seine Angriffe, die er in der "Kölner Volkszeitung" gegen die "Deutsche Vereinigung" gerichtet habe, zu danken, und er müsse den Vorwurf gegen die christlichen Gewerkschaften, daß sie unnational und unchristlich seien, aufrechterhalten. Herr Steigerwald und die katholischen Arbeiter sollten sich die päpstlichen Engtisten "Merum nobiscum" und "Gratus de communione" besser anschauen, dann würden sie finden, daß die wirtschaftsfriedlichen Gelben genau die päpstlichen Sendeschriften befolgten und die Wahrung an die Christlichen berechtigt sei, sie sollten korrester die päpstlichen Weisungen befolgen. Auch sei es sehr an der Zeit, dem Clerus und den geistlichen Brüdern zuzurufen, sich etwas mehr nach Rom und den päpstlichen Weisungen und etwas weniger nach St. Gladbach zu richten. Die Gemeinschaft Steigerwalds in seinem letzten Artikel der "Kölner Volkszeitung" renne offene Lügen ein und gehe am Herzen der Sache vorbei. Von nationalen Verdiensten der christlichen Gewerkschaften, mit denen Herr Steigerwald prahlte, finde er wenig. Die christlichen Gewerkschaften seien eine reine Kampfgenossenschaft. In dem Prinzip der Kampfgenossenschaft der Christlichen mit den Roten liege das Unationale. Die Christlichen betrieben ebenso wie die Roten gegen Arbeitswillkür und Wirtschaftsfriedliche Terrorismus und Zwangsherrschaft. Auch das Zentrum, das auf politischem Gebiete mit den christlichen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen habe, postierte ja häufig mit Polen und Sozialdemokraten, so noch während des letzten Jahres. Zentrum und christliche Gewerkschaften gehörten zusammen, oder besser gesagt: das Zentrum sei gleichsam den christlichen Gewerkschaften gegenüber in den Unternehmertross. Wenn Herr Steigerwald der "Deutschen Vereinigung" und gewissen Regierungsschülern "Gelbstoller" vorwerfe, so graffie, ähnlich wie in manchen äußerlich in voller Blütenpracht dastehenden Bäumen, im Kernstamm der christlichen Gewerkschaften die "Notlüste".

Wenn der Herr Graf den "christlichen" Gewerkschaftsführern empfiehlt, sie sollten päpstliche Engtisten lesen, so wäre es für ihn nicht minder empfehlenswert, die christliche Religion zu studieren und die Heiligen Kirchenbücher nachzulegen, dann würde er finden, daß ein Graf und Marquis nicht als Verführer des Christentums auftreten kann, daß er recht weit vom wahren Christentum entfernt ist, wohl eben so weit als die "Christenführer". Die "Christenführer" werden die Rede damit zu entkräften suchen, daß sie ausführen, der Graf habe als gelber Arbeitervührer nur seine Ansichten gesagt, die vielleicht mit den Tatsachen kollidieren. Aber sind nicht alle die Vorwürfe der "Generalchristen" gegen uns nicht genau so nur Ansichten, nichts als Ansichten, die noch viel weiter von den Tatsachen abweichen, als die hier vom Grafen vorgetragenen? Haben die "Generalchristen" aber das Recht, gegen uns falsche Ansichten vorzutragen, warum sollten die Gelbenförderer nicht genau so mit falschen Ansichten gegen sie operieren. Wer mit falschem Maße ausmisst, dem wird mit falschem Maße eingemessen. Das müssen die Generalchristen zu ihrem Verge und zum Nebeldruß erleben.

Gelbenversammlung im Industriegebiet.

Kürzlich tagte in Bochum der Verband der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Nach dem durch den Vorsitzenden des Verbandes, Schulte-Dorfis, eröffneten Jahresbericht soll die Zahl der dem Verband angeschlossenen Vereine in Rheinland-Westfalen 185 betragen. Die Zahl der Mitglieder wurde auf 50 000 angegeben. Die Tagung befahl sich in erster Linie mit den sogenannten Richtlinien der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung. In diesen Richtlinien werden die belauerten "Grundsätze" der Gelben wiederholzt. Die Interessen der Unternehmer und Arbeiter sollen überwiegend gleichlaufend sein, deshalb wollen die Gelben an ein friedliches Zusammenwirken mit den Unternehmern hinarbeiten. Trotzdem glaubt aber auch der Bochumer Verbandstag auf einen Streit nicht grundsätzlich verzichten zu können. Im übrigen wird in den Richtlinien selbstverständlich mit besonderem Nachdruck die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie betont. Die vom Bundesausschuß der Gelben Vereine aufgestellten Richtlinien wurden schließlich einstimmig angenommen. Außerdem befahlte sich der Verbandstag mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. In der Diskussion über die Fragen traten die seitens der Auflösungen zutage. Unter anderem wurde gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung in Köln hauptsächlich den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zugute komme. Eine Tatsache, die natürlich eine leichte Erklärung hat. Der Verbandstag der Gelben hielt die Regelung der Arbeitslosenversicherung auf rechtsgerichteter Grundlage natürlich nicht für notwendig. Weiter wurde eine stärkere Herausziehung der Frauen zur Mitarbeit an der Verbandsbewegung dringend empfohlen. Auch soll der Versuch gemacht werden, trotz des Scheiterns der Einigungsbestrebungen mit dem Kartell der Berliner Verherrn wieder Frieden zu schließen, um ja die "Geschlossenheit" der Gelbenbewegung wieder herzustellen. Begegnenderweise befahlte die Tagung in längerer Diskussion mit der Trutzgefahr in der Fabrikindustrie. Der Verbandstag empfahl seinen Mitgliedern dringend, nur trutzige Fabrikats zu räumen. Dieser Weißdruck ist die einzige positive Arbeit des Verbandstages. — Die dem Verbandstag mitgeteilte Mitgliederzahl von 50 000 muß mit Vorbehalt aufgenommen werden. Jedermann vermag sie sein außerordentlich Bild von dem Anfang der Gelbenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu gewinnen. Gegen eine Möglichkeit der Kontrolle der angegebenen

Mitgliederzahl besteht auch deshalb nicht, weil Angaben über die Mitgliedsbeiträge und sonstige Einnahmen aus guten Gründen nicht gemacht werden. Sieht man in Betracht, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder der Verherrn diesen nur gezwingt angehört, so ergibt sich ohne weiteres aus der angegebenen Zahl, daß die von den Unternehmen in die Bewegung der Gelben gelegten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Hier steht die Unternehmerpreisse fortgesetzt von einem starken Anwachsen der Gelben im Industriebezirk, der Beweis für dieses Anwachsen ist aber bisher nicht gestellt. Die Bäume der Gelben werden im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nicht in den Himmel wachsen. Das beweist einmal die Bochumer Tagung, zum anderen werden die freien Gewerkschaften dafür schon Sorge tragen,

Jahresbericht des Buchdruckerverbandes für 1913.

Es waren am 1. September v. J. 25 Jahre vergangen, seitdem der Sitz dieser Organisation sich in Berlin befindet und damit gleichzeitig Emil Döbbin ebenso lange an der Spitze des Buchdruckerverbandes steht. Also eine Art Jubiläumsbericht ist der vorliegende Geschäftsbereich. Es gibt wohl keine zweite gewerkschaftliche Organisation, die in solchem Zeitraum eine solche Entwicklung aufzuweisen hat. Wir sehen, daß ein Anwachsen der Mitgliederzahl von 12 610 auf 18 015, ein Anwachsen des Verbandsvermögens allein in der Hauptstätte von 270 020 auf 10 658 111 M. Dabei hat es in dieser Gewerkschaft nur ein einziges Mal in Zurückgehen an Mitgliedern und Vermögen gegeben. Das war im Jahre 1892, als Folge der schweren Niederlage in dem Reunktundenkampf. Die leidige Niederlage ist dem Buchdruckerverband gänzlich unbekannt. Über 90 Prozent der Vertragsgenossen gehören ihm an. So reichlich auch der "christliche" Gewerkschaft nennende Gutenbergbund alle Agitationen spielen läßt und so sehr auch die Besitzer und Meister der Zentrumspresse, die "christlichen" Gewerkschafts- und die geistlichen Oberen sich für diese wußtende "Gewerkschaft" ins Zeug legen, der Verband bleibt unberührt von diesem Treiben.

Die materiellen und ideellen Erfolge in den 25 Jahren können sich recht wohl sehen lassen. Der Lohn wurde im ganzen Verbandsgebiete um 81 Prozent erhöht. Durch die Bestimmungen des Tarifvertrages, der in so ausgebauter Form und ethischer Durchführung seinesgleichen nicht hat, sind für besondere Gruppen (Maschineneifer) noch feststehende Zuflüsse geschaffen. Außerdem existieren 622 lokale Tarifvertragszuschläge (vor 25 Jahren nur 67), die für nicht weniger als 89,5 Prozent aller Gehälter Gültigkeit haben. Da die Buchdrucker über dies einen Minimaltarif besitzen, so entspringt ihnen daraus noch ein anderer Vorteil; 89,5 Prozent werden zum Minimaltarif entlohn, 5,5 Prozent aber darüber. Unter Einschaltung bestimmter Spezialgruppen würde das Verhältnis noch besser werden. Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden wöchentlich ist jetzt eine Wochenarbeitszeit von 53 Stunden die Regel, die von den Maschinenefern mit zwei Stunden weniger durchbrochen wird. Das Lehrlingswesen ist gegen früher bedeutend verbessert; in einigen Gegenden ergibt sich jedoch noch ein merklicher Abstand. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker umfaßt nunmehr 850 Firmen in 240 Orten und 70 000 Gehältern, hat also bei weitem restlos alles im Gewerke erfaßt.

Zum Jahre 1913 ist auf Unternehmenseite die Schaffnacherei in weiterer Ausbreitung begriffen gewesen, die auf eine erhebliche Umgestaltung der Dinge und Zurückdrängung des Verbandes abzielt. Es haben dieserhalb schwache Auseinandersetzungen mit der Leitung des Verbandes und den Vertretern der Unternehmer namentlich aber zwischen dem Verband und dem Prinzipsorgan stattgefunden. Es wird deshalb auch den deutschen Buchdruckerunternehmern vor Augen geführt, wie in Sachen leicht bei dem langen und schweren Kampfe 1913/14 zur Erneuerung des Tarifs sich gerade die Vermittlung des deutschen Tarifrates bewußt habe; dort hatten die Unternehmer sich von den großindustriellen Schaffnachern zu stark beeinflussen lassen. Dem Gutenbergbund hat die Leitung der Unternehmerorganisation durch Ausstellung eines zweifelhaften Sichtschwells für die nächste Tarifrevision (1916) die Hände gebunden in den Händen auf die Tariforgane. Dafür verschärft diese letztere Organisation ihre Mitteln auf den Verband; steilzlich hat sie eine Agitationsschrift herausgegeben, die mit dem hofflohen Zeuge über dem Brieftasche der politischen Denunziation bestimmt erscheint. Eine nette "christliche" Gewerkschaft!

Die Arbeitslosigkeit ist bei den Buchdruckern teils durch die wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse, noch mehr aber durch die Folgen der maschinellen Entwicklung weiter gestiegen: 5,5 Prozent Arbeitslose gegen 4,75 in 1912. Die durchschnittliche Dauer eines jeden Falles der Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 24,75 auf 26,50 Tage, und zur Unterstützung der Arbeitslosen hatte ein jedes Mitglied im Jahre 1913 22,10 M. beizusteuern, gegen 20,80 M. in 1912. Im ganzen mußten im Berichtsjahr 1913 151 827 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen aufgewendet werden, das sind gegen 1912 rund 136 000 M. mehr. Wegen der bedeutend enormen Belastung wurde im Jahre 1913 die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. vorgenommen. Im ganzen führt die Buchdruckerorganisation neue Unterstützungsziele, unter denen die alte Arbeitslosen, Alte, Kranken und Invaliden die wichtigsten sind. Das gesetzte Unterstützungsweisen erforderte 1913 lediglich bei der Hauptstätte eine Ausgabe von 2 997 414 M., das sind 201 240 M. mehr als 1912. Trotz dieser bei 68 915 Mitgliedern gewiß höhere Leistung vermochte die Hauptstätte noch 890 320 M. gut zu machen, so daß mit einem Kostenbestande von 10 658 111 M. am Jahresende zum ersten Male die zehnte Million Vermögen überschritten werden konnte. Für Unterstützungs Zwecke hat seit Beilegen des Buchdruckerverbundes allein die Hauptstätte 42 Millionen M. verausgabt, mit den Gau- und lokalen Kassen zusammen 61 Millionen.

Aus dem gelben Sumpf.

Eine net

Frage: Herr, in deine Hände befiehle ich meinen Geist!
Antwort: Was mußt du tun, wenn der Arbeitgeber deinen Lohn um 2 Prozent herabsetzt?

Frage: Dem Gute Hollands auf meinen bloßen Künsten danken, daß die Herabsetzung seine 10 Prozent beträgt.

Frage: Was sind Sozialisten und Anarchisten und alle anderen Menschen, die sich am Königtum nicht wie Narren anstellen?

Frage: Wilde Tiere in Menschengestalt.

Frage: Was mußt du tun, wenn du die Königin siehst?

Frage: Ich mit aller Kraft zuschauen und über diese Begegnung 14 Tage berichten sein.

Frage: Was ist das wichtigste Ereignis in der Weltgeschichte der letzten Jahre?

Frage: Die Geburt der Prinzessin Julianne.

Frage: Bähle mal ein Duhend Tugenden Ihrer Königlichen Hoheit auf.

Frage: Deutseligkeit, Lieblichkeit, Fröhlichkeit, Ehrbarkeit, Sierlichkeit, Freigebigkeit, Standhaftigkeit, Würde, Sparsamkeit, Arbeitsamkeit, Engelshaftigkeit und Frömmigkeit.

Frage: Wohin darfst du niemals gehen?

Frage: Zu sozialistischen Versammlungen.

Frage: Wirst du zufrieden mit dem Lobe, das Gott dir geschenkt hat?

Frage: Vollkommen.

Frage: Womit wirft du dich trösten, wenn du vor Hunger beinahe umkomst?

Frage: Mit dem Gedanken, daß es schon längst hätte passiert sein können.

Wir empfehlen dem Haupthausschluß der gelben Arbeitervereine, vorstehendes Staatsbekennnis mit dem deutschen Stamm fristet als Flugblatt zu verbreiten.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

„Alle der Staatshoheit“ gegen die Volksfürsorge.

Um 15. Mai hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann in den Kampf der Regierung gegen die Volksfürsorge aufgedeckt und dabei folgende Briefe zu öffentlichen Kenntnis gebracht:

I. Herr Ober-Bürgermeister Rapp.

Urkunde aus einem Bericht des General-Landschaftsdirektors an das Plenar-Kollegium der Ostpreußischen Landschaft

Kampf um die Volksversicherung in gleichzeitiger Erwiderung der Broschüre Bohrens gegen Rapp.

Ein Erzähler den Königlichen Staatsminister und Minister des Innern

Herrn v. Dallwitz.

Berlin 1908. 7.

Seite 59/60: „...Die auf eine Reform der Volksversicherung abzielenden Bestrebungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Lebensversicherung sind also an sich durchaus gleichartig. Insbesondere sind wir der Ansicht, daß die Volksversicherung, wie sie bislang von den Privat-Lebensversicherungs-Gesellschaften betrieben wird, den vom Staatshoheit der Versicherungsinstitutionen vissigerweise zu stellenden Anforderungen keineswegs genügt, daß vielmehr das Verlangen der Arbeiterchaft nach einer zweckmäßig arbeitenden, ihren Zielen gerecht werdenden Volksversicherung einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht und daher durchaus unverzüglich werden muß.“

Erschienen hier noch von den Gewerkschaften ausgehenden Verhandlungen auf Reform der Volksversicherung an sich jährlig durchaus begründet, so müssen doch die Gefahren eines solchen gerade von dieser Seite verfolgten Planes und seine etwaige Verwirklichung als überaus schwer bezeichnet werden.“

Seite 64/65: „...Die Gefahren, die dem Staat aus diesem sozialdemokratischen Vorstoß erwachsen könnten, sind nicht abzusehen. Es muß daher sein Gelingen unter allen Umständen verhindert werden. Der Staatshoheit der Volksfürsorge in seiner zunächst ins Auge gefassten Gestalt, bei der den Versicherten ein Rechtsanspruch nicht gewährt werden soll, würde die Sozialdemokratie in die Lage versetzen, die Spargelder der Volksfürsorge in beliebiger Form anzuzeigen. Die Volksfürsorge würde dann einen unerschöpflichen Reservoir für die sozialdemokratische Agitation bilden. Das Zustandekommen dieses Planes läßt sich zwar unschwer berechnen, da er eine bewußte Umgehung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 enthält, dem wirksam eingegangenen werden kann.“

Es kommt aber weiterhin die Errichtung einer Aktien- oder einer Gegenseitigkeitsgesellschaft für die Durchführung des sozialdemokratischen Versicherungsbetriebes in Frage. Nach § 7 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 darf die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gegebenen oder den guten Gittern entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird. Es erscheint zweifelhaft, ob in dieser Bestimmung eine gesetzliche Handhabe zur Hintanstellung einer als Aktien- oder als Gegenseitigkeitsgesellschaft organisierten sozialdemokratischen Volksversicherung ohne weiteres gefunden werden kann. Unter Umständen würde daher nichts anderes übrig bleiben, als aus den versicherungstechnischen Unterlagen des Unternehmens die Gründe zur Versagung seiner Zulassung herzuleiten oder diese doch wenigstens so lange, wie irgend möglich, hinauszuschieben.“

II. Minister v. Dallwitz

an den Reichskanzler.

Berlin, den 15. November 1912.

Urkchrift. C. B. 1415.

Der Minister des Innern.

1 b. 1662.

Euer Exzellenz gestatte ich mir auf das Schreiben vom 9. d. M. — C. B. 1385 — ergebnist zu erwidern, daß der Deutsche Kriegerbund die Bekämpfung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ durch seine Lebensversicherungsanstalt freiwillig im nationalen Interesse aufgenommen hat. Die Anregung dazu ist ihm meinerseits bereits unmittelbar nach der im Reichsamt des Innern am 2. Juli ex. stattgehabten Besprechung der beteiligten Reichs- und Staatssekretäre gegeben worden, in der mein Kommissar den Plan, den Deutschen Kriegerbund für diese Angelegenheit zu interessieren, unter allseitiger Zustimmung dargelegt hat.

Auch der Präsident Grüner, der damals schon auf die Möglichkeit einer Organisation der privaten Lebensversicherungsgesellschaften zur Bekämpfung der „Volksfürsorge“ hinwies, hat ausweislich des Beratungsprotolls auf ausdrückliche Anfrage meines Kommissars betont, daß er eine Hinausziehung der Verhandlungen mit dem Deutschen Kriegerbund durchaus nicht wünsche, es sich vielmehr freuen würde, wenn der Plan, ihn zu einer Gegenorganisation gegen die „Volksfürsorge“ zu gewinnen, gelingen sollte.

Nachdem daraufhin der Deutsche Kriegerbund diesseits dazu angezeigt worden ist, seine Versicherungsgesellschaft, die die Volksversicherung einschließt, auf weitere Kreise auszudehnen und die Möglichkeit zu schaffen, die Angestellten pp. staatlicher Werke, Betriebswerkstätten und Verwaltungen sowie die Angehörigen von auf bürgerlichem Boden stehenden Vereinen pp. — im Wege der Vereinbarung mit den staatlichen Verwaltungen und dem zu Vereinen seitens auf bürgerlichem Boden stehenden Versicherungsunternehmen anzuschließen, in dieser Gedanke von ihm unter persönlichem Eintritt seines Vorstandes, des Generalsekretärs und Generaladjutanten Dr. Majestät v. Lindquist, mit großer Wärme aufgenommen, gelegentlich des letzten Aufsäumerfestes erörtert und schließlich auf einstimmigen Weisluß der Generalversammlung seiner Lebensversicherungsgesellschaft durch Abstimmung ihrer Satzung unmittelbar zur Durchführung vorbereitet worden.

Unter diesen Umständen würde der Versuch, die Durchführung dieses Planes jetzt zugunsten einer etwaigen Vereinigung der privaten Lebensversicherung zurückzustellen, die nur geschäftliche Interessen verfolgen und in ihrem Betriebe auf die bürgerliche Gemüthe der Angeschlossenen keinerlei Rücksicht nehmen kann, in den Kreisen des Deutschen Kriegerbundes, der in rund 20.000 Vereinen etwa 2 Mill. Mitglieder umfaßt, die bedenklichste Verwirrung und Misstrauensbeweisen, und, wie ich annehmen darf, auch bei den Allerhöchsten

Protektor des Deutschen Kriegerbundes, dem die Sachlage kaum unbekannt bleiben dürfte, kein Verständnis finden.

Der jegliche, in der Eingabe vom 20. d. M. anscheinend allen Herren Rechtes des preußischen und Reichsverwaltungen unterbreitete Plan des Deutschen Kriegerbundes nutzt den beteiligten staatlichen Verwaltungen keinerlei Nutzen zu, sondern bietet vielmehr nur die Möglichkeit, ihre Angestellten, soweit diese sich dazu bereitfinden, der von der königlichen Organisation des Deutschen Kriegerbundes getragenen Lebensversicherungsanstalt der Kriegervereine zuzuführen, um sie von den Verlösungen des sozialdemokratischen Unternehmens zu bewahren. Der Plan schließt im übrigen in seiner Weise aus, daß sich die Anstalt des Deutschen Kriegerbundes zur Niederschlag über sonstigen gemeinsamen Arbeit demnächst einer größeren Organisation anschließt, mag die Anregung hierz von Seiten der privaten oder der öffentlichen Lebensversicherung kommen.

Das mir unterstellte Muster ist durch die Eingabe des Deutschen Kriegerbundes unmittelbar infosfern wenig verührt, als wir Werkstätten und Betriebsverwaltungen, die hauptsächlich in Frage kommen, nicht unterscheiden. Indes werden ich in Erwägung ziehen, die Provinzialverwaltungen auf die Sache aufmerksam zu machen. Lebensversicherung ist meines Erachtens ein dringendes öffentliches und politisches Interesse vor, dem Vorzeichen des Deutschen Kriegerbundes eine noch entgegensehende Hindernisse fortzuräumen und seine Durchführung nicht aufzuhalten, sondern zu fördern. Insbesondere würde ich daher dankbar sein, wenn Eure Exzellenz veranlassen wollten, daß der Beschluss des Kaiserlichen Aufsichtsamts über die Genehmigung der Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Deutschen Kriegerbundes unverzüglich erfolgt.

Möschrit dieses Schreibens habe ich sämtlichen Herren Mitgliedern des Preußischen Staatsministeriums zur Kenntnis mitgeteilt.

ges: v. Dallwitz.

An den Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

III. Minister Delbrück an sämtliche Staatsminister.

Abschrift.

Der Reichskanzler

(Reichsamt des Innern).

C. B. 1415.

Berlin, 18. November 1912.
Auf das Schreiben vom 15. d. M.

1. b. 1662.

Bei meinem Schreiben vom 9. d. M. — C. B. 1385 — war ich mir klar darüber, daß der bei den kommissarischen Beratungen am 2. Juli d. J. erörterte Plan, die Versicherungsanstaltungen des Deutschen Kriegerbundes in den Dienst der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu stellen, einer gleich eingehenden Prüfung bedürfen werde, wie alle anderen in derselben Richtung sich bewegenden Pläne.

Wenn ich gebeten habe, die Entschließung auf die Eingabe des Kriegerbundes vom 20. Oktober d. J., welche darum ersucht, daß die einzelnen Muster eines Vertrags wegen Versicherung ihrer Beamten und Arbeiter mit der Lebensversicherungsanstalt und Sterbeliste des Deutschen Kriegerbundes ins Auge fassen möchten, auf kurze Zeit zurückzuholen, so glaube ich damit den auch von mir voll gewidmeten bürgerlichen Bestrebungen des Kriegerbundes nicht zu nahe getreten zu sein. Meines Erachtens kann aber ein grundfährlich so wichtiger Beschluß von Seiten der Muster des Reichs und Preußens nicht ohne vorherige Besichtigung untreinander gefaßt werden und es erscheint auch nicht angängig, ihn zu fassen, bevor Klarheit darüber besteht, wie sich die Behörden den unmittelbar bevorstehenden Anträgen ähnlichen Inhalts von Seiten anderer Organisationen privaten und öffentlichen Rechts gegenüber zu verhalten gedenken. Nicht nur der Deutsche Kriegerbund, sondern auch andere national gesinnte Organisationen, wie namentlich die öffentlichen und die privaten Lebensversicherungsanstalten sind zurzeit mit Plänen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie befaßt.

Bezüglich der Pläne der privaten Gesellschaften bitte ich daß näher, namentlich auch hinsichtlich der Gemeinnützigkeit und der geschäftlichen Zwecken abgewendete Tendenz der beabsichtigten Neugründung aus den abschätzlichen befolgenden Berichten des Präsidenten des Aufsichtsrates für Privatversicherung vom 13. und 15. d. M. entnehmen zu wollen. Die privaten Versicherungsgesellschaften rechnen aber bei Durchführung dieser Pläne wiederum mit dem Beitritt des Deutschen Kriegerbundes zu der beabsichtigten Neugründung.

Herrn ist mit bestem Gewissen, daß der Kaiser Wilhelmspende den Versuch machen will, gleichfalls den Betrieb der Volksversicherung aufzunehmen, um damit auch ihrerseits die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Endlich muß damit gerechnet werden, daß in der auf den 25. d. M. vom Staatsminister v. Möller einberufenen Versammlung der Versuch gemacht werden wird, die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten als diejenigen zu bezeichnen, welche vorzugsweise geeignet sind, der Wirksamkeit der sozialdemokratischen Volksversicherung entgegenzutreten.

Alle jene Organisationen verlangen für ihre Pläne die Unterstützung der Reichs- und Staatsbehörden. Eine Entschließung darüber — und nur diese habe ich gebeten, dem Kriegerbund gegenüber einzutragen — kann meines Erachtens aber nicht getroffen werden, ehe die Gesamtheit der Pläne eingearbeitet zu übersehen ist.

Eine Hinausziehung der Entscheidung auf die vorgelegte Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Kriegerbundes ist natürlich nicht der Zweck meines Schreibens vom 9. d. M. gewesen.

Auch noch nach den neuen, vom Aufsichtsamt mir zugegangenen Berichten ist diese Entscheidung in aller Kürze zu erwarten.

Sie wiederhole nochmals, daß ich beabsichtige, über alle mit der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung zusammenhängenden Fragen demnächst, und zwar sobald das Ergebnis der auf den 25. d. M. von Herrn v. Möller einberufenen Versammlung zu übersehen ist, zu kommunistischen Beratungen erneut einzuladen.

Abschrift habe ich sämtlichen Staatsministern und den Herren Chefs der beteiligten Reichsämter zugehen lassen.

Zu Vertretung: ges: Delbrück.

Abschrift.

Der Reichskanzler.

(Reichsamt des Innern).

C. B. 1450.

Berlin, den 26. November 1912.

Die Pläne der privaten Gesellschaften zu einer Reform unseres Volksversicherungswesens sind durch mein Schreiben vom 18. November 1912 — C. B. 1415 —, wenigstens in großen Zügen, dargestellt. Zwischenhat hat auch die vom Staatsminister von Möller zusammengebrachte Konferenz, in der eine Reihe von weiteren Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung besprochen worden ist, getagt. Ihre Ergebnisse, die zu einem bestimmten Ziele noch nicht geführt haben, sind, wie ich annehmen darf, dort bekannt.

Hiermit bevoie ich mich zu einer Aussprache über die Stellungnahme, welche die Behörden den verschiedenen Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung gegenüber durch Förderung neuer Versicherungseinrichtungen einzurichten haben werden, auf

Mittwoch, den 4. Dezember 1912,
vormittags 11 Uhr,

nach dem Reichsamt des Innern einguladen.

Einladungen haben sämtliche Staatsminister und die Herren Chefs der beteiligten Reichsämter erhalten.

Zu Vertretung: ges: Delbrück.

Abschrift. C. B. 1415.

Der Präsident
des Kaiserlichen Aufsichtsamts
für Privatversicherung.

C. B. S. 30.

Berlin, den 15. November 1912.

Betrifft Reform der Volksversicherung.

In Ergänzung meines Berichts vom 14. November 1912 bechre ich mich, auf der Anlage 1 eine Zusammenstellung der Beschlüsse über die Gründung einer gemeinnützigen Lebensversicherungsanstalt zu überseien, welche nach mir mündlich durch Regierungsdirektor von Rapp gewordene Mitteilungen von den beteiligten privaten Lebensversicherungsgesellschaften am 12. November 1912 gesetzt worden sind. Auf Anlage 2 sind die Gesellschaften verzeichnet, welche für eine Beteiligung zunächst in Betracht kommen.

ges: Grüner.

An den Herrn Staatssekretär des Innern, Exzellenz.

Umlage 1.

Zusammenstellung der am 12. November 1912 von 28 privaten Lebensversicherungsgesellschaften gefassten Beschlüsse betreffend die Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherungsanstalt.

1. Von den beteiligten Gesellschaften wird eine Aktiengesellschaft zum Zwecke des Betriebes der Volksversicherung gegründet. Das Aktienkapital von 2 Millionen Mark sowie eine außerdem zu Organisationszwecken à fonds perdu einzuzahlende Summe von 1 Million Mark wird ausschließlich von den beteiligten Gesellschaften ausgebracht.

2. Der Betrieb soll ein gemeinnütziger sein, d. h. die Gesellschaften verzichten auf jeden Gewinn aus dem Betrieb und behalten sich lediglich eine Dividende von 4 Prozent des mit 2 Prozent gleich 500 000 Mark bar einzuzahlenden Teiles des Grundkapitals vor.

3. Für die Ausübung und das Inkasso sollen die Organisationen der einzelnen beteiligten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung der neuen Anstalt zur Verfügung stehen. Außerdem kostet man für die gedachten Zwecke vor allem auch auf eine Mittwirkung von Vereinen und Verbänden aller Art namentlich von Arbeitervereinigungen (auf bürgerlichem Boden stehenden Gewerkschaften, Gewerksvereinen und dergleichen) sowie von Arbeitgebern. Endlich wird die An

Die italienischen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Die italienischen Gewerkschaften haben ein Jahr aufregendster Tätigkeit und raschen Fortschritts hinter sich. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht des Statistischen Amtes nahmen sie 1913 um 111.68 Mitglieder zu, nämlich von 880.502 auf 972.687, verteilt auf 7888 Gruppen. 1907 betrug die Mitgliederzahl erstmals 849.046, 1909: 848.811 und 1911: 847.580. Eine mehrjährige Stagnation scheint also nunmehr gründlich überwunden zu sein.

Von der Gesamtmitgliedszahl entfallen auf die freien Organisationen 880.502 (1912: 849.070), auf die katholischen Organisationen 118.880 (108.021) und auf die isolierten Gruppen 108.688 (112.811) Mitglieder. Den Arbeitssammlern gehören 922.208 Mitglieder an, gegen 828.161, den Verbänden 220.501 gegen 205.823 im Vorjahr. Die Befreiungen zur Zusammenfassung der Organisationen einer Industrie oder eines Berufes über das ganze Land in einheitliche Verbände machen also immer nur recht langsame Fortschritte.

Von den Landarbeitern, Kleinbauern usw. sind 286.151 in den freien Organisationen, 52.287 in den katholischen und 180.521 in sonstigen Vereinigungen organisiert. Die organisierten Arbeiter der Industrie verteilen sich auf die einzelnen Berufe wie folgt:

	Freie	Katholische	Sonstige
	Organisationen	Organisationen	Organisationen
Gräberleute	2.087	310	450
Maurer- und Steinarbeiter	10.818	280	2.087
Arbeiter in den Schiefergruben	7.128	721	1.460
Metallarbeiter	92.193	1.858	915
Edelmetallindustrie	884	—	80
Küpfer	1.488	—	157
Hegelerarbeiter	20.048	90	1.081
Glasarbeiter	2.130	—	880
Bauarbeiter	71.846	702	6.280
Chemische Industrie	3.943	50	710
Holz- und Möbelindustrie	11.000	526	2.010
Korbmacher	214	—	21
Papierindustrie	2.800	—	—
Photographische Gewerbe	20.184	200	20
Textilindustrie	28.967	12.541	3.044
Wollseidungsindustrie	4.800	1.041	680
Filzgeurghilfen	688	20	270
Gerberei	1.807	—	280
Schuhmacher	6.748	55	1.037
Hutmacher	4.509	805	688
Großhutfabrik	617	—	—
Müller, Feinbäcker	7.781	92	513
Brotherstellung	8.489	65	346
Brotfabrikation	498	—	800
Sonstige Lebensmittelindustrie	20.455	264	1.085
Flaschen	847	240	732
Schiffahrt	5.155	—	4.358
Eisenbahnen	15.129	854	320
Hafenarbeiter	12.427	737	70
Staatsangestellte	1.026	206	134
Strassenbahner	8.727	552	—
Krankenpfleger usw.	7.435	327	—
Sonstige öffentliche Dienste	17.229	380	572
Sonstige und gemischte Gruppen	41.281	38.402	7.846
Zusammenfassung	403.418	61.113	38.167

Der soeben in Mantua stattgefunden Kongress des italienischen Gewerkschaftsbundes war von rund 200 Delegierten besucht. Er beschäftigte sich vornehmlich mit den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft und mit der Frage der Taktik. Diese letztere nahm in der Tat einen erheblichen Teil der Tagung in Anspruch. Mit Zweidrittelmajorität fand schließlich eine Resolution Annahme, welche die von der Leitung des Gewerkschaftsbundes vertretenen Taktik (die Taktik der modernen Gewerkschaften)肯定 und die ferner den Grundzügen des Zusammensetzung von Gewerkschaften und sozialistischer Partei, wobei beide Teile vollständige Selbstständigkeit betont, bestätigt. Nach all den vielen Säulen der letzten Jahre in der italienischen Gewerkschaftsbewegung stand der verlassene Kongress im Zeichen der Einigkeit gegenüber inneren und äußeren Gegnern. Möge der heutige Gefangenungsprozeß recht bald zur vollen Gewissheit der Gewerkschaften Italiens führen.

Die Arbeiter in der russischen Schwerindustrie.

Von allen Seiten wird auf die verhältnismäßig starke Entwicklung der russischen Industrie hingewiesen. Folgende Zahlen sollen diese Tendenz bestätigen. So wurden im Rohrenbergbau in dem wichtigsten Abschnitt Russlands, im Donezgebiet, beschäftigt zu Beginn 1911: 126.000, 1912: 147.000, 1913: 189.000 Arbeiter. Zu Beginn dieses Jahres ist die Zahl der Beschäftigten noch weiter gestiegen, die entsprechenden Zahlen fehlen aber noch.

Bei der Eisen gewinnung waren in den drei Eisenindustrien beschäftigt zu Anfang 1910: 226.000, 1911: 237.000, 1912: 264.000 Arbeiter. In den Jahren 1912 und 1913 arbeitete die Eisenindustrie mit Vollamps und die Produktion erreichte Rekordziffern. Diese Tendenz dauert auch noch an. Die Industrialisierung Russlands schreitet also rückwärts vorwärts.

Zum Kampf in Colorado. Rockfeller ein elender Henschler.

Wir lesen im New-Yorker "Advertiser":

Die Ereignisse in Colorado und was damit zusammenhängt, beginnen an Wichtigkeit bei weitem die Berggänge zu verdrängen, die jüngst an den Küsten und im Innern von Mexiko abspielen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat sich dazu herabgemüdet, einen einzigen Mann, der an der Spitze eines Industriunternehmens steht, zu erlösen, den Frieden in einem Staat der Union herzustellen, der durch eine Rebellion aufs tiefste in Erregung versetzt ist.

John D. Rockfeller Jr., der die Interessen des Petroleumkonzerns vertritt, hat durch seine Begeisterung den Präsidenten der Vereinigten Staaten in die entwürdigende Lage gebracht, sein Erstes abgelehnt zu sehen. Präsident Wilson hat durch sein Erstehen, John D. Rockfeller jr. hat durch seine Begeisterung, den Bürgerkrieg in Colorado ein Ende zu machen, der Welt ein Licht darüber aufgetragen, wer in den Vereinigten Staaten Herr und Gebieter ist. Es ist nicht der durch das Volk gewählte Präsident, es ist nicht die Regierung, nicht die Gebegebung der Vereinigten Staaten, die darüber bestimmen, ob Krieg oder Frieden im Lande herrschen sollen. Es ist Rockfeller und sein Haus, nach deren Willen sich das Land zu richten hat. Die Vereinigten Staaten haben aufgehört, ein demokratisches Gemeinwesen zu sein. Sie sind ein absolut regiertes Land, deren Herrscher in New-York, in Nr. 26 Broadway, ihren Sitzen haben.

Man weiß, was die Ursache ist, daß das Geschäft eines Landes mit 100 Millionen Einwohnern abhängig ist von dem Willen und der Laune eines einzelnen Mannes. Es ist der Willen dieses Mannes, der ihm die Macht gibt, zu erkliren, ob unser Land in einen blutigen Krieg mit einem auswärtigen Staate verwickelt werden, ob der Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken und Eltern unter Land durchstoßen soll. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt nicht mehr bei dem Präsidenten unseres Landes und nicht mehr beim Kongress (Bundestag). Diese Entscheidung liegt bei dem Besitzer des Petroleummonopols, der durch seine Kaufe von Millionen das wirtschaftliche und politische Leben der Nation beherrscht. Das Kapital in Öldebenen Rockfeller regiert die Vereinigten Staaten.

Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Zustand der Dinge nicht nur die denkbare größte Gefahr für unser Gemeinwesen bietet, sondern daß dieser Zustand deshalb auch auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Zeit ist herangekommen, wo die Konzentrierung des Eigentums in einzelnen Händen eine Gefährdung des Friedens und des Bestandes dieser Gesellschaft geworden ist. Die Zeit ist da, wo die Gesellschaft daran denken muß, zu ihrem eigenen Schutz zur Expropriation der Expropriatoren zu greifen. Mit anderen Worten: In den Vereinigten Staaten ist die Zeit herangekommen, wo zum Schutze des Gemeinwesens die Konfiszation des Eigentums von Rockfeller und seinen Missionären zur Notwendigkeit geworden ist, wenn die menschliche Gesellschaft auf dem Wege friedlicher Entwicklung fortwährend soll.

Wenn ein einzelner Mensch und sein Besitz durch die Macht, die ihm dieser Besitz gibt, zu einer Gefahr für die ganze Gesellschaft wird, so kann für vernünftige Menschen nur eine Angst darüber herrschen: die Macht eines einzelnen Menschen genommen werden und die Macht in seinem Besitz liegt, um sein Besitz angesehen der Aktion konfisziert werden.

Wir brauchen abschließend den Ausdruck „Konfiszation“, nicht bloß Enteignung. Konfiszation ist nicht Enteignung ohne Schädigung. Ein Mensch, der für die Freiheit der Entwicklung von Massen von Frauen und Kindern in einem Bürgerkriege verantwortlich ist, der sein Werk ist und den er zu beenden sich weigert, freudig dem den höchsten Beamten der Vereinigten Staaten, dem Präsidenten, ihm die und wehmäßig darum ersucht, ein solcher Mensch hat jedes Recht, und hat besonders jedes Recht auf Entschädigung verzerrt.

Nicht etwa im Interesse der „Gerechtigkeit“ oder was man so zu nennen beliebt, sondern im Interesse der Gesellschaft, als historische und wirtschaftliche Notwendigkeit sollte diese Forderung erhoben werden. Vom Atlantic bis zum Pacific ist von heute ab der Ruf zu erheben: „Im Interesse des Gemeinwesens: das Eigentum von Rockfeller und Konsorten muss konfisziert werden!“

John D. Rockfeller Jr. hat eine lange Erklärung abgegeben, um seine ablehnende Haltung gegenüber dem Ersuchen des Präsidenten, den Bürgerkrieg in Colorado zu beenden, zu rechtfertigen. Die ganze Geschichte, welche Menschen eingen ist, die ihr verbrecherisches Treiben mit dem Mantel christlicher Erbarmung angesehen pflegen, spricht aus dieser Erklärung. Heute ist wenn erklärt wird, daß die Minenarbeiter ja nicht nötig haben, in den Company-Stores (Konsumauslasten der Gesellschaft) zu kaufen, wenn sie nicht wollen. Heute ist wenn Rockfeller betont, daß es sich bei ihm um ein Prinzip handelt, wenn er nicht zögert, daß seine Arbeiter sich der Union anschließen. Und es schaue Heute wenn er erklärt, daß er diese Haltung im Interesse der Freiheit der nichtorganisierten Arbeiter einnehme. Heute ist augenscheinlich daß das Leben spritzen dieser Rockfeller. Und selbst seine Handlungen, die anscheinend im Interesse der Allgemeinheit unternommen werden, sind im Grunde nichts weiteres, als der Nutzen dieser Heute.

Rockefeller Jr. kam vor ein paar Jahren in die Lape, in New-Holland, der Vorsitzende einer Grand Jury zu werden, die sich mit der Untersuchung der Prostitution zu beschäftigen hatte. Die Sache begann den Mann zu interessieren. Er beschloß, ein paar Tausend oder Behnauende Dollar dafür zu verwenden, die tatsächlichen Verhältnisse in der Prostitution des In- und Auslandes zu studieren und die Tatsachen feststellen zu lassen. Er lud sogar den Redakteur der "Vollzeitung" ein, ihn in seiner Office aufzusuchen und seinen Blätter zu laufen. Als die Einladung nicht akzeptiert wurde, bemühte sich Herr John D. Rockfeller Jr. persönlich auf die Redaktion unseres Blattes, um uns zu erfüllen, seinen Blätter helfend entgegenzutreffen. Nur und gut, Rockfeller gab sich damals augenscheinlich einmal Mühe, für eine gute Sache etwas zu tun.

Derselbe Mann aber, der damals Gelehrte und Experten anstellte, um das tatsächliche der Prostitution im Inlande und Auslande festzustellen und auf diese Weise — seiner Meinung nach — eine Sache zu gewinnen, von der aus eine Bekämpfung der Prostitution möglich sein sollte, derselbe Mann ist schuld daran, daß in Colorado Frauen und Mädchen in den Streichstritten von der Polizei und den Gewerkschaftsmännern massenhaft vergewaltigt sind. Die Vergewaltigung der Frauen und Töchter der Streiter ist, wie von Ehrenzeugen berichtet wird, in einem solchen Ausmaße vorgekommen worden, daß die Art des gegenwärtigen Kampfs in Colorado sich teilweise daraus erklärt. Und vor allem erklärt sich aus dieser Tatsache die Fertigkeit, mit der die weiblichen Angehörigen der Streiter in den heutigen Kämpfen hinter ihren Männern stehen, obgleich gerade sie im Streite die meisten Erfahrungen und Opfer zu tragen haben.

So sieht es in Colorado! Das ist Rockfellers Werk! Auf diese Weise führt John D. Jr. seinen Kampf gegen die Prostitution! Ein bodenloser Henschler!

Wirkstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Reiche Graf Bismarck II und VI. Am 16. Mai trat hier der Betriebsführer Sch. sein Amt an und schon am 18. Mai verhängte er die Höchststrafe und Steiger mit sich und verboten, daß auf jeden Kohlenwagen ein Kratz von Brocken aufgesetzt werden müsse. Es sind auch schon Leute bestraft worden, weil sie den Kratz fehlten ließen. In Höhe B werden die Kohlen gefränt und geschlossen, es gibt also recht wenig Brocken. Aber darauf wird keine Rücksicht genommen. Am Neuer müssen sich die Arbeiter das Holz selbst am Stapel aussuchen, eine Entschädigung wird aber dafür nicht gezahlt. Dabei steht das Gebäude so niedrig, daß bei der größten Anstrengung kaum ein ausreichender Lohn zu verdienen ist. Steiger Sch. dürfte auch dafür sorgen, daß der fast ständige Holzmangel behoben wird. Über die Qualität des verbrauchten Holzes wird auch Klage geführt. Die Nachschicht muß an Lohn- und Abschlagslagen oft bis zu fünf Viertellasten auf den Lohn vorlaufen.

Reiche Lothringen I und II. Die Seifahrt beginnt hier morgens, besonders wenn der Marlenbachmutter M. Morgenlicht hat, schon um 5.15 Uhr, statt um 5.30 Uhr. Dadurch wird den Arbeitern die Schichtzeit in ungünstiger Weise verlängert, weil die Ausfahrt nicht entsprechend früher, sondern um 2 Uhr beginnt. Betriebsführer St. ist manchmal schon um 6.10 Uhr vor den einzelnen Betriebspunkten und fragt die Arbeiter: „Was habt Ihr bis jetzt gemacht?“ Sagen die Arbeiter: „Wir sind grade gekommen und wollen erst ein Butterbrot essen“, erklärt der Betriebsführer: „Butterbrot kostet 10 Pfennig, kommt Ihr nicht.“ Steiger El. sagt den Arbeitern: „Die Leute sagen, Steiger El. ist schlecht, aber das ist nicht wahr, Steiger El. ist doch gut. Wer bei mir 3 Mark verdient, dem zahlte ich gerne einen Taler aus.“ Er hat auch schon wirklich tüchtige Arbeiter mit 5 Pf. und 5.30 M. laufen lassen.

Reiche Pluto (Schacht Thies). Die Notiz in Nr. 20 der „Bergarbeiter-Ztg.“ über die Verhältnisse auf dieser Zeche hat viel Aufregung verursacht und zur Entlastung des vermeintlichen Täters, des Arbeiters B., geführt. B. hat die Notiz weder geschrieben noch veranlaßt, und doch ist seine Entlastung erfolgt. Die Betriebsverwaltung hat sich den ersten Beilen herausgezogen, jedenfalls um ein Exemplar zu Notizen und auf die anderen abzureden zu wirken. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Harmlosigkeit oder die Rücksichtlosigkeit, die hier zum Ausdruck kommt. Auf Pluto gibt es noch viel zu kritisieren und unsere Kritik kann nicht durch Entlassungen unterbunden werden, es sei denn, die ganze Belegschaft wird entlassen und die Verwaltung greift selbst zur Habe. Doch das wird sie sich überlegen. Wie wenig sicher die Verwaltung ihrer Sache ist, ergibt sich auch daraus, daß sie dem Entlassenen gleich auch den Lohn für sechs Schichten wegen Kontraktbruchs ausbezahlt hat; sie hat also Einstieg zugegriffen auf Grund eines bloßen Verdachts, der völlig ungerechtfertigt ist. Bösartiger Eifer schadet nur, das sollte auch die Verwaltung von Pluto bedenken.

Reiche Siebenplaneten. Im März wurden hier noch Feierschichten eingelebt und Lohnkürzungen vorgenommen, im April folgten aber schon Neuer- und Nebenschichten. Verwandte und Söhne von Beamten haben auch ihren Lohn erhalten für die Dienste, die sie beim Streit von 1912 geleistet haben. Wie die Taten, so der Lohn. Die Waschstube ist schon wiederholt beschmutzt worden, ohne daß die Täter zwitschern konnten.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Kaliwerk Gremham-Büchsen. Vom Betriebsführer dieses Werkes Th. ist Arbeitssuchenden schon wiederholt gefragt worden: „Gehen Sie mal erst Ihr Verbandsbuch her, wir haben hier auf unserem Werke die Mitarbeiter selber für den Verband.“ Wer dumm genug war und auf diesen Trick ging, konnte weiter wandern, für den gab es keine Arbeit. Es gab auch Arbeiter, die in diesem Falle ihren Ausdruck aus dem Verband erklärten, um Arbeit zu erhalten. Aber ihnen gingen bald die Augen darüber auf, warum dem Betriebsführer der Verband ein Dorn im Auge ist, daß er mit solchen schändigen Mitteln bekämpft. Ein grader, aufrüttler Arbeiter kann sich nicht lange halten, desto besser aber die Bauernkutscher. Es sind volkstümliche Arbeiter herangeholt worden, weil angenommen wird, daß diese noch mehr gefallen lassen und nicht dem verhafenden Verband angehören. Am 1. Mai sind 20 Arbeiter sofort gefündigt worden, darunter auch viele, die dem Verband nicht angehören. Wird ihnen der Betriebsführer, der sie mit allen Mitteln dem Verband ferngehalten hat, die Arbeitslosenunterstützung zahlen?

Kaligewerkschaft Karlsruhe in Hüls. Am 9. Mai verunglückten hier drei Arbeiter und ein Steiger. Drei Arbeiter starben von einem

Galberg über Tage, wobei einer sich zweimal das Bein brach, der zweite erhebliche Verletzungen am Kopfe davontrug. Der Steiger wurde in der Grube durch Pulvergas sofort getötet, während ein Schachtmünnemann zwar mit dem Leben davonging, aber befindungslos zu Tage geschafft wurde. Bei dem herrschenden Unterbetrieb braucht man sich über solche Unfälle nicht zu wundern. Raum haben die Schäfte getrunken, dann geht es wieder dran, damit eine möglichst hohe Leistung erzielt wird.

Grube Kautschen. Die Schäfte in diesem Betriebe grenzen nahezu an unmöglich. Dabei werden Böhne verdient, die jeglicher Bezeichnung spottet. Die Bergarbeiter haben es in unserem „herlichen deutschen Vaterland“ schon so weit gebracht, daß sie bei aller Schädigung nicht mehr so viel verdienen, sich fett zu essen. Bergarbeitervereine hat man überall, die sich der gequälten Tiere annehmen, aber Schäfte vereinen für Menschen, die durch ihre Witwen aus dem Blut ausgebettet werden, gibt es nicht. Die Arbeiter mögen sich schinden bis zum Verzweifeln, das Herz eines Kapitalisten erwacht nicht. Das haben auch die Arbeiter von Kautschen erfahren müssen. Weil die Verwaltung ihrem Bitten und Flehen um einen höheren Ullschlag nicht nachgab, traten sie in einen Streit. Die Verwaltung aber sagte: „Streit nur so lange wie ihr wollt, wenn ihr Hunger habt, dann werdet ihr von selbst wieder kommen.“ Und lange dauerte es auch nicht, denn schon nach zwei Tagen trocken die Arbeiter wieder bedingungslos ins alte Loch. Der Gedanke an ihre Familie, daß diese bedingungslos zurückkehren müsse, wenn sie nicht mehr arbeiten, trieb sie zur Grube zurück. Seitdem ist kein Ullschlag mehr im Bergwerk.

Grube Marie III (Sau). Raum ist auf diesem Werk der gesetzliche Bergmannsverein ins Leben gerufen, so beginnt auch die Verwaltung die beliebten Mittel des Zwanges und der Drangsalierung gegenüber andersdenkenden Arbeitern anzuwenden. Die Worte des Gewerbeherrn Lukas: „

es hätte müssen gespleißt werden." Das hatte der Obersteiger erfahren und begab sich zu dem jungen Arbeiter, den er mit den Worten ansprach: "Berüchtigter Leichenzug, Du hast gar nichts auszuplaudern über das Soll, Du siegest ein paar in die Schnauze, daß Du auf den Bildern stellst!" Ein weiterer Widerstand, der leicht zu Klugladsfällen führen kann, ist der Umstand, daß nur höchst selten bei einer Karawane die Seite angehalten wird. Die Leute sind dadurch gestimmt, die Wagen im vollen Betrieb wieder einzufahren und können dadurch leicht von den nachkommenden Wagen verdeckt werden. Wo solche Verhältnisse herrschen, ist es nicht verwunderlich, wenn Unfälle passieren. Anders wird es erst werden, wenn sämtliche Arbeiter durch Anschluß an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands sich die notwendige Stärke verschaffen haben, um diesen Verhältnissen wirksam entgegenzutreten zu können.

Königreich Sachsen.

Lugauer Steinkohlenbauverein. Die Belegschaft von drei Schächten wird hier auf einem Schacht ausgelöhnt. Mit der Auslösung wird ebenso erst begonnen, wenn die ganze Mannschaft aus der Grube ist. So kommt es, daß viele Arbeiter 1½—2 Stunden auf ihren Lohn warten müssen. Bei etwas auitem Willen der Werksverwaltung steigt sich doch wohl Aenderung schaffen, damit die Arbeiter nicht mehr eine halbe Ewigkeit auf ihre sauer verdienten Prämien zu warten brauchen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gärtin Luisengrube (Georgsgracht). Es wäre wünschenswert, daß hier die Fahrtsirene auf der 250-Meter-Sohle gegen Osten mehr gesäubert und in Ordnung gehalten würde. Oft kommt es vor, daß Arbeiter ihre Fußbekleidung in dem Schlamm verlieren. Die Bergbehörde sollte auch mehr darauf achten, daß die gefestigten festgelegten Pausen für die jugendlichen Arbeiter regelmäßig eingehalten werden. Einem jugendlichen Arbeiter, der sich darüber beschwert, sagte der Betriebsführer: "Du hast ja 25 Pf. mehr, also 1,40 Pf. pro Schicht und mußt so arbeiten, wie es Dir angeordnet wird."

Gesolidierte Wolfganggrube. Vor dem Verlesen zur Nachtschicht sah hier der Arbeiter K. in den Garten des Steiger Sch., worauf dieser ihn ansprach: "Was haben Sie dort hereinzusehen?" K. erwiderte: "Darf ich vielleicht nicht hereinsehen?" Als der Steiger hierauf den K. nach seinem Namen fragte, wies dieser ihn an die Markenkontrolle. Dagegen rief Steiger Sch. nach dem Steiger Sch. heran, während K. zu seinem Abteilungssteiger W. ging und diesem den Vorgang erzählte. Unterdessen kamen die Steiger Sch. und Sch. heran und beschimpften K., wurden aber vom Steiger W. zurückgewiesen mit der Bemerkung: "K. ist ein fleißiger Arbeiter und Ihr solltet ihn in Ruhe lassen." Trotzdem wurde der Vorgang dem Bergbeamten gemeldet und K. noch am gleichen Tage gefeuert, nur weil er in den Garten des Sch. hineingesehen hatte. Das wird wohl dazu führen, daß den Arbeitern dennoch Scheuflappen angelegt werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schröders legte "Selbstahrt".

Wie die Knappe ihren alten Führer ehren, davon könnten sich die Freunde der Arbeiterbewegung und die zahlreichen Verfolger und Verlästerer des Toten am 21. Mai überzeugen. Mehr als 10 000 Menschen waren aus Nah und Fern herbeigeeilt, um dem "alten Luk" die letzte Ehre zu erweisen, und nie wurde einem Westfalen eine solche Ehre zuteil, wie dem alten Bergarbeiterführer, dem Kaiserdelegierten, dem Buchhäusler, dem Verbandsvorstehenden Ludwig Schröder. Von Schottland war August Siegel, der letzte Kaiserdelegierte, in Tag- und Nachfahrt herübergekommen, um an der Totenahme Abschied von seinem alten Kameraden und Kampfgenossen zu nehmen, und von den Leidensgenossen aus dem Buchhaus vor Böblingen gekommen, woher der letzte, der noch die Kraft hat, solche Anstrengungen auf sich zu nehmen. Eine große Anzahl 1888er Mitgründer des Verbandes und Mitkämpfer in den Kämpfen von 1889, 1903 und 1912 konnte man im Zug sehen, mancher noch rüstige Kreis, aber auch viele, denen die Bergarbeit Kraft und Gesundheit raubte.

Im Konferenzzimmer des Verbandsheims, das der Dahingeriedene hat errichten lassen und wo er noch viele Jahre pflichtfeifig gearbeitet, hält unser Vorstand ihn im schönen Grün, in einem Vorbeerbau, aufgebahrt, wo die Knappe in dichten Scharen am alten Freunde vorbeidefilzten, stummt und gerührt von ihm Abschied nahmen, der am Beginn seines ewigen Schlafes, friedlich aber teilnahmslos im Sarge lag. Weit über hundert Kränze mit Widmungen wurden am Sarge niedergelegt, während zahlreiche Beileidstelegramme und -Schreiben aus allen Teilen des Reiches eingingen. Kränze mit schönen Schleifen — die roten mussten schwarz verhüllt werden — und Widmungen hatten u. a. gezeigt: der Gesamtvorstand und Redaktion des Verbandes; die Bezirke Hamm, Dortmund, Eichlinghofen, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen; Essen, Oberhausen, Mönchengladbach, Aachen, Hildesheim, Halle, Zwickau und Borna; außerdem eine große Anzahl Zahlstellen von Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Recklinghausen, bis nach dem Rhein. Der Zentralvorstand der Transportsarbeiter, Zentralvorstand der Brauerei- und Mühlendarbeiter, Vorstand des Metallarbeiterverbandes, Zentralvorstand des Buchbinderverbandes, Zentralvorstand der Steinseher, Pfälzer usw.; Zentralvorstand der Lithographen und Steinruder, Zentralvorstand des Schneiderverbandes, Zentralvorstand der Böttcher, Hauptvorstand des Gewerberverins der Bergarbeiter "Hirsch-Dünner", die sozialdemokratische Partei, eine Anzahl Wahlkreisvereine und Gewerkschaftskomitee sowie Ortsverbände der Buchdrucker, Maurer, Metallarbeiter usw., der freien Gewerkschaften. Von den Beileidsjägern erwähnen wir vor allem dasjenige seines unermüdlichen und erfolgreichen Verteidigers Dr. Niemeyer-Essen, weiter des franken Johann Meyer und der Tochter Böle-Dortmund.

Nach einer kurzen Trauerfeier im Verbandsheim sah sich der endlose Trauerzug unter den Klängen der Musikapelle kurz nach 4 Uhr in Bewegung. Die Polizei hatte nicht nur an den lebenden Schröder ein recht lebhaftes Interesse, sondern auch an dem toten, denn sie hatte in staatstreterischer Absicht die roten Kranzschleifen verboten und den Leichenzug eine Richtung vorgezeichnet, die um die Stadt herum nach dem Friedhof führte. Die Umleitung des Leichenzuges begründete die Polizei damit, daß die große Beteiligung in den Straßen der Stadt Verkehrsstörungen verursacht. Dagegen ließe sich nichts einwenden, wenn die Polizei alle größeren Umzüge um die Stadt lenken wollte, um den Verkehr nicht zu stören. Aber in diesem Falle konnte es sich erstens nur um den "Verkehr" von Spaziergängern handeln, und zweitens weist das Bochumer "Volksblatt" mit Recht darauf hin, daß die Polizei die Fronten nicht angesprochen nicht verbietet, trotzdem sie den Verkehr völlig unterbindet und die ganzen Straßen für sich in Anspruch nimmt. Über die demonstrative Wirkung, die ein solch endloser Leichenzug durch die Stadt, vor allem durch die Arbeiterviertel machen müßte, wollte die weiße Polizei verhindern, deshalb mußte der "alte Luk" seinen letzten Weg um die Stadt herum nehmen, so wollte es die preußische Ordnung gegen den toten "Antikurzmann". Der Umweg hat dem Leichenzug an sich wenig Abbruch gelan, wenn auch die Zahl der Zuschauer dadurch vielleicht um einige Tausend vermindert wurde. Macht nichts! Es war immerhin der weit größte Leichenzug, den Bochum

jemals gesehen hat und der allen Arbeiterschichten zum Trost beweist, daß diese Bewegung lebt und wächst trotz aller Verfolgung. Kein Kommerzienrat, kein industrieller "Wohltäter" und kein Machthaber der Rechtsordnung wird so gecharakterisiert, wie die Knappe ihren alten Vorfäder ehren und damit zugleich für seine Idee demonstrierten.

Die Trauerrede hielt Kamerad Husemann, der in warmempfindenden Worten ein echtes Lebensbild von dem Verstorbenen zeichnete, mit dem wir Jahrzehnte Schulter an Schulter gekämpft und gelitten haben. Wenn auch der alte Kamerad gefallen sei, das Kamerad sieht höher als je und an seinem offenen Grab wollen wir geloben, zu vollenden, was er begonnen hat. Im Auftrage der Generalkommission sprach Sachse, Kollege König im Auftrage der sozialdemokratischen Partei, worauf die zahlreichen Kämpferkämpfer kurze Widmungen sprachen. Als letzter Mediziner trat der Kaiserdelegierte Siegel im grauen Silberhaar an das offene Grab seines alten unvergleichlichen Freundes und sprach, sichtlich gerührt, tiefempfundene Abschiedsworte, die auf die Zuhörer einen großen Eindruck machten. Siegel schloß mit folgendem Vers:

Was zieht dort hin im Festgewand,
In feierlichem Schmuck
Eine ernstgestimmt Schar.
Ein Bruder will zur Gruft herniedersteigen.
Den letzten Gruß bringt ihm der Bergmann der.
Schlaf wohl! schlaf wohl!
Du Bergmannskind,
Du hast vollbracht den Lauf,
Treue warest du und brav gesinnt,
Drau rufen wir Glückauf!
Zum letzten Male fährst du an
Und fährst nicht mehr heraus,
Drau grüße dich auf der bunten Wahn
Ein inniges Glückauf!

Der Streikbruchgewerbeverein im Zeichen des Krebses.

Um 18. April ließ der "Bergknappe" einen sorgfältig gestimmten Luftballon mit 7008 neu aufgenommenen Streikbruchreuten aufsteigen, darunter allein 1100 im Kreisbezirk Recklinghausen. Von allen Seiten wurde der "Scheinart" beglückwünscht, denn 7000 neue Streikbrecher bedeuten schon allerhand im Kampf gegen den Verband und schwächen die Kraft des Koalitionsverbands für die Bergarbeiter ungemein, darum auch die große Freude bei allen Feinden der Arbeiterschaft. Eine Monatsabrechnung und damit eine Kontrolle liefert der Gemeinkreis noch seiner kolossal Stärke nicht und solange das nicht geschieht, dürfen die Generalschläuber uns und den Bergleuten nicht übernehmen, wenn wir solche Luftballons als dasjenige betrachten, was sie sind: Schwindel. Das beweist jetzt der Kortellbericht für Recklinghausen, der für den Gewerbeverein einen Mitgliedgang von 355 Mitgliedern und einen Gesamtüberschlag der Mitglieder von 477 aufweist. Dabei darf man ohne weiteres annehmen, daß dieser Bericht noch bekannter M. Gladbach — Vorsichtigkeit abgesetzt ist. Also trotz einer Zunahme laut "Generalknappen" von 1100 Mitgliedern dennoch ein Rückgang von 355! Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Wissenschatz der Natur!

Als Ursache für den Mitgliederrückgang gibt der Bericht an: "Wenn die Mitglieder der Zahlstellen des Gewerbevereins nicht gestiegen sind, sondern sogar einen kleinen (1) Rückgang aufweisen, so sind verschiedene Umstände in Betracht zu ziehen. Einen großen Einfluß übt die Beitragserhöhung aus. Nach Bekanntwerden der Beitragserhöhung schreiten zahlreiche, selbst langjährige Mitglieder der Organisation den Rücken. Wenn auch in den letzten Monaten die Neuaufnahmen sich dauernd mehren (2), so war es doch nicht möglich, den Verlust schon ganz wieder auszugleichen. Natürlich spielen auch noch andere Voraussetzungen eine sehr große Rolle. Das Misstrauen und die Organisationsmüdigkeit, hervorgerufen durch die Folgen des Ruhrbergarbeiterstreiks, sowie die Bemühungen verschiedener Verwaltungen, durch Gründung von gelben Gewerbevereinen die Arbeiter der Organisation fernzuhalten, sind nicht spurlos vorübergegangen. Ferner muß aber auch bei Beurteilung der Entwicklung des Gewerbevereins die Zusammensetzung unserer Bergarbeiterchaft berücksichtigt werden."

Einen großen Einfluß übt die Beitragserhöhung aus. Dabei hat der "Bergknappe" andauernd berichtet, die Beitragserhöhung sei nicht allein ohne Mitgliederluste glatt durchgeführt worden, sondern ganze Zahlstellen und Bezirke hätten sich mit Freuden und jubelnd bereit erklärt, den freiwilligen Höchstbeitrag von 1 Mk. zu zahlen. Demnach hat der "Bergknappe" oder die Kortellsetzung gelogen. "Das Misstrauen und die Organisationsmüdigkeit, hervorgerufen durch die Folgen des Ruhrbergarbeiterstreiks, sowie die Bemühungen verschiedener Verwaltungen, durch Gründung von gelben Gewerbevereinen die Arbeiter der Organisation fernzuhalten", sind für die "christlichen" Gewerkschaften höchstig. Recruter sich doch die gelben Gewerbevereine im Recklinghäuser Bezirk aus lauter Mitgliedern des "christlichen" Gewerbevereins. Die Mitglieder haben das besagt, wozu sie der Gewerbeverein 1912 berichtet hat, und das Kartell hat gar keine Ursache, über Organisationsmüdigkeit der Bergarbeiter zu klagen. In einer Organisation, die so hinterhältig die Interessen der Arbeiter mit Augen tritt, wie der "christliche" Gewerbeverein, da kann vorerst keine Kampfesfreude mehr Platz greifen und die Kampfesmüdigkeit in der Organisation wird weiter um sich greifen. Die Ernüchterung nach dem Raufschub über den "schönen Sieg" von 1912 kommt tatsächlich in einer Ecke etwas früher, in der anderen später, aber sie kommt, muß kommen, denn solche Idioten sind die Mitglieder des "christlichen" Streikbruchgewerbevereins nun doch nicht, daß sie dauernd in eine Organisation ihre Beiträge zahlen, um den Herren Thyssen, Stinnes, Haniel, Kirchhoff, Krupp u. a. in die Kajutanen aus dem Feuer zu holen. Die Pfauenmeiden gehen zu den Gelben, denn wenn sie Streikbrecher sein sollen, dann lieber auf Beifall des Betriebsführers, als auf Kommando des "Geheimrats". Die wirklichen Gewerkschaftler werden den Weg zum Verbande schon finden, wenn sie auch vorläufig noch mit Zug und Hof angelassen sind. Der Streikbruchgewerbeverein befindet sich aber im Zeichen des Krebses und in diesem Zeichen soll er weiter "marschieren", dem Untergang zu.

Walter Thiele „berichtigt“.

Unter Berufung auf § 11 des Prebegesetzes fordere ich Sie auf, nachfolgende tatsächliche Berichtigung in die nächste Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen:

"Im Artikel „Stirbegeld und Beerdigungskosten“ in Nr. 20 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 16. Mai wird behauptet, daß ich als meine Gebühren für die Beerdigung des verunglückten Bergmanns Franz Janczki für eine „Arbeit“ von kaum einer Stunde 17,10 Mark berechnet habe.

Richtig ist, daß die Witwe des Verunglückten außer der Beerdigung das Beerdigungszettelnamt, wie dreißigfaches Seelenamt und das Jahrgebet bei mir bestellt haben. Die Gesamtgebühren machen nach der hergebrachten und üblichen Tare 17,10 Mark aus. Die Gebühren für die Beerdigung betragen 5,10 Mark, für jedes Seelenamt 4,50 Mark. Darin sind die Gebühren für den Küster, die Pfarrer, den Organisten und Kantanten, sowie die Katholikatsteuer enthalten.

Diese „Berichtigung“ entkräftet unsere Angaben absolut nicht. Wir haben die Quittung, die uns im Original vorgelegen hat, abgedruckt und aus dieser Quittung kann kein Mensch erscheinen, daß Herr Pfarrer Thiele noch weitere „Arbeiten“ geleistet hat. Diese Quittung lautet:

"Zu Gebühren bei Beerdigung und Gottesdienst für den verunglückten Bergmann Franz Janczki stehen mir zu 17,10 Mark (siebzehn Mark 10 Pf.) Thiele, Pfarrer."

Niemands wird aus dieser Quittung etwas anderes herauslesen, als wir, und falls Herr Thiele mehr geleistet hat, sollte er seine Quittungen vollständig ausfüllen, damit ein Kürschn aufzunehmen kann. Ob es weiter notwendig war und ob es den christlichen Grundsatzen entspricht, von einer armen Frau, die mit ihren fünf Kindern am

Sterbehett des Ernährers der Familie steht, einen solchen Beitrag abzuzahlen, müßten wir entscheiden bestreiten. Kann ein Pfarrer nicht unten liegenlich beten und Messen lesen für einen verunglückten Bergmann? Über gehen die Herren Pfarrer nur in die Kirche, wenn sie gut bezahlt werden? Ist die Religion für diese „Diener des Herrn“ nur ein Geschäft? Es steht dabei: Wir halten den Beitrag von 17,10 Mark für die geistliche Tätigkeit bei einer Beerdigung mit oder ohne Messen für entschieden zu hoch. Wozu bezahlen die Herren denn ihre Gehalt? Wozu eine freie Wohnung, wenn ihre „Arbeiten“ noch ehrlich bezahlt werden müssen? Wie würden diese Herren erst über das „Verlassen von Arbeiterschäden“ herzählen, wenn Arbeiterschäden und Gewerkschaftsangehörige für Nebenbemühungen von ähnlicher Arbeitsdauer solche Beiträge verlangen.

Wigner Umbusch.

Nach dem Landtagbericht der „Märkischen Volkszeitung“ (Nr. 463 vom 23. Mai) hat der „bumme Umbusch“ in der Landtagssitzung vom 22. Mai wieder besseres Wissen folgende Unwahrheit gesagt:

„Ein gewisser Interesse hat es, daß der Abgeordnete Hue hier so scharf gegen die Bergarbeiter auftritt, während vor einiger Zeit die Parteifreunde des Herrn Hue mit den Arbeitgebern heimlich verhandelt haben.“

Wann und wo, Herr Umbusch, haben die Parteifreunde des Herrn Hue mit den Bergarbeitern heimlich verhandelt? Gemeint sind selbstverständlich die Verhandlungen in der Personalcommission im Knappenschäftsvorstand, die in voller Offenheit geführt wurden und zwar im Einverständnis mit drei Vierel der Knappenschäftsvorstände. Die Verhandlungen wurden mit gebundenen Mandaten auf beiden Seiten geführt und nicht zwischen Werksherren und Sozialdemokraten, sondern zwischen den gesetzlichen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter im Knappenschäftsvorstand. Das weiß selbst der „bumme Umbusch“, und er weiß, daß der „christliche“ Kästle Hue, der die Hauptung aufstellte, wegen Verleumdung bestraft wurde. Das Urteil heißt es: „Das Gericht ist davon überzeugt, daß der Angeklagte Hue seine Behauptungen wider besseres Wissen gemacht hat und mußte deshalb wegen Verleumdung bestraft werden.“ Das alles weiß Umbusch, dennoch wiederholt er diese Verleumdungen im Landtag. Ein Lügner auf der Landtagssitzung!

Lohn für Streikbrecher.

Das Grubenkapital lohnt den „christlich-nationalen“ Streikbrechern ihre „nationale“ Zeit von 1912 so, wie sie es verdient haben, und so, wie allgemein der Bergarbeiter ihr Werk belohnt wird. Auf der Begräbnis der Kameraden schlug ein Steiger einem „nationalen“ Christen mit dem Meterstock einen Helm entzwei, ein wirklich „angemessener“ Lohn für einen braven Streikbrecher. Auf allen Zeichen läuft man jetzt den Streikbrechern den Lohn, bestraft sie, daß ihnen die Augen überlaufen. Auf Rechte Schamröde wurde am letzten 15. eine große Anzahl Kameraden gefündigt, darunter viele Streikbrecher von 1912, sogar folgte, die 1905 und 1912 den Streik brachen, werden jetzt zum Dank dafür auf Strafenflosser gesetzt. Lohnabzüge, Maßregelungen und Prügel sind der Lohn für den „christlich-nationalen“ Streikbrecher von 1912. Suum quique!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Peter Harisch will lügen?

Wie wir aus dem „wahrheitsliebenden“ „Bergknappen“ vom 23. Mai ersehen, hat unsere Mitteilung über die Anwerbung Hostenbacher Bergarbeiter nach Holland schlimme Verfehlungen in den Köpfen der „christlich-nationalen“ Streikbruchgewerbevereins angerichtet und zwar so schlimm, daß ihnen eine Kaltwasserflut notlust. Das unsere Mitteilung den Herrschaften recht unbedeckt kam, wußten wir, mögen sie sich dafür bei ihren Zugehörigen teils im Saarrevier bedanken, die die Unverhältnisse hatten, die von der Zentrumspresse nach Hostenbach geführten zentralchristlichen Streikbrechern unserer Verbände an die Rostfahne zu hängen und auf diese Unverhältnisse haben wir dann die richtige Antwort erzielt. Der „Wahrheitsspater“ schreibt:

„Weiter wird gegen den Bezirksleiter Harisch der Vorwurf erhoben, er habe Arbeiter für die Domäne abgerufen, um die in Kirchath angeworben, um die auf der Domäne eingeleitete Lohnbewegung möglichst schnell, gründlich und energisch kaputt zu machen.“

Fälschen und Lügen müssen die „Christen“, sonst gehen sie zugrunde, wie die Fische ohne Wasser. Wir haben geschrieben:

„Der Gewerbeverein schickte seinen Bezirksleiter Peter Harisch aus Herzogenrath im Wintersreit mit dem Werksagenten Wassen aus Heerlen (Holland) nach Hostenbach, um die dortigen Streikbrecher oder Flüchtlinge für die Wendeelsche Grube Oraniën-Nassau in Heerlen anzutreiben, und in der Tat ließen sich denn auch etwa 60 Männer antreiben, die mit Musik im Zug nach Wassen zur Bahn gebracht und auf Kosten des Gewerbevereins nach Heerlen (Holland) transportiert wurden. Die Grubenverwaltung verpflichtete sich, die Fahrlässt zurückerstatten, wenn die Leute erit eine bestimmte Zeit auf Oraniën-Nassau gearbeitet hätten. Als aber die Leute in Heerlen ankamen, erinnerten sie sich, daß sie doch „christlich-nationale“ und keine Gottlos internationale Bergleute sind, und da sie in der Zentrumspresse gelesen hatten, daß die „christlich-nationalen“ Streikbrecher aus dem Ruhrrevier Spazierfahrten nach dem Saargebiet auf Kosten der Firma Möhling machten, verweigerten sie die Anfahrt und machten so auf Kosten des Gewerbevereins eine Spazierfahrt nach Holland! Die hauptsächliche Veranlassung der Arbeitsverweigerung der Hostenbacher auf der Grube Oraniën-Nassau war erstens das außerordentlich gute Einvernehmen der „christlichen“ Gewerkschaftsbeamten mit dem Werksagenten und den Grubenbeamten und zweitens stehen die holländischen Bergarbeiter auf der Domäne in einer Lohnbewegung eingeleitet. Um mit dieser „christlichen“ Lohnbewegung möglichst schnell, gründlich und „energisch“ kaputt zu machen, fährt Peter Harisch mit Werksagenten und Werksbeamten nach Hostenbach, holt auf Kosten des deutsch-französisch-luxemburgisch-holländischen Streikbruchgewerbevereins „christlich-nationalen“ Arbeitswillige nach Holland, während die Zentrumspresse im Ruhrrevier „christlich-nationalen“ Streikbrecher für Hostenbach sucht!“

Mit keinem Wort ist gesagt noch behauptet worden, daß Harisch die Hostenbacher für die Domäne abgerufen hat, sondern daß diese Anwerbung für Organisten-Nassau erfolgte, aber dadurch wurde die „energische“ Lohnbewegung auf der Domäne abgestoppt. Selbst von einem Peter Harisch und einem Johann Kästle sollte man erwarten, daß sie sobald Grüße besäßen, um einzusehen, daß durch Hestrichleppen von Leuten eine Nachbargrube davon profitiert, denn bekannt ist die Hestrichleppen nicht direkt, so bekommt

werden die Kameraden jetzt aus dem Ausgang dieses Kampfes erscheinen, den wir vor sechs Wochen vorausgesagt haben und den jeder voraussehen mußte, der die Verhältnisse beobachtet hat. Wer aber die Verhältnisse nicht beobachtet, sollte auch darüber nicht weiter. Weiter sollen wir die Hohenbacher Bergarbeiter wegen ihrer Abwanderung verhöhnen haben. Nicht die Hohenbacher Bergarbeiter haben wie verhöhnt, diese armen Leute sind wahnsinnig zu bemitleiden, solchen „Füllern“ in die Hände gefallen zu sein; gehöhnt haben wir über die „geniale“ Taktik der „Christenfürer“, die mit großen Kosten ihrer Organisation eine Abwanderungskontrolle einsetzen, während die Zentrumspresse gleichzeitig eine viel größere Abwanderungskontrolle betreibt! Während die Beamtenscheine auf Kosten des deutschen, französisch-, luxemburgisch- und niederländischen Streitkräfteverbandes vielleicht 10 Hohenbacher Bergarbeiter abschreiben, kannen 20 zentrumskirchliche Bergarbeiter, geführt durch die Zentrumspresse, in Hohenbach an! Das ist eine so glänzende, alles überzeugende, phantastische, ungemeindliche Taktik, wie sie selbst die Abberaten und Schädelär Narren nicht fertig brachten, und diese Taktik ist wohl in der Hauptförderung des heiligen Fastnachtstag legendär. Wie sind bei den „Christen“ schon „die Broden“ genannt, aber dieses übersteigt alles. Und weil wir darüber gespottet, sollen wir darüber bestellt haben!

Süddeutschland. Wie der „Christ“ Adlhoch lag.

Während der Bergarbeitergerichtshof trat der „christlich-katholische“ „Wahreheitsapostel“ Adlhoch in Hohenpeissenberg als M.-Gladbacher Aufsteller auf und behauptete: „Alle die Sozialdemokraten wirtschaften, das scheint man in der Ortskrankenkasse München, wo durch die sozialdemokratische Mitgliedschaft im Jahre 1904 ein Defizit von 400 000 Mark und jetzt ein solches von 2 Millionen (1) vorhanden sei. Durch die sozialdemokratische Mitgliedschaft bei dieser Kasse seien auch jetzt bei weit höheren Beiträgen wie früher geringere Leistungen für die Mitglieder geboten. Die Sozialdemokraten gingen auch mit Lüg und Betrug um, denn in Mindelheim sei eine Frau wider ihren Willen auf die Liste der Ortskrankenkassenwahl gesetzt.“ Zwei Kameraden protestierten gegen die unbegründeten Behauptungen, von denen der eine Adlhoch „Ligner“ nannte und der andere rief: „Das ist gelogen!“ In Bahnhof haben diese „Wahrheitshelden“ ein ganz besonders ausgeprägtes „Gegefühl“ und glauben, sie dürften unter der Zentrumsherrschaft gegen die Sozialdemokratie ungestraft zusammenfügen was sie wollten, ohne dass jemand einen Ligner auch Ligner nennen dürfte. Und so lagte Adlhoch gegen die beiden Kameraden vor dem Schöffengericht München wies der frühere Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Weigerordner Witt, als Zeuge durch Vorlagen des Materials nach, dass die Behauptungen des Sekretärs Adlhoch nicht jeder Machtung hinunwahr seien. Der Vermögensstand der Ortskrankenkasse habe sich unter der sogenannten sozialdemokratischen Leitung nahezu verdoppelt; die Leistungen seien ganz bedeutend größer geworden. Er könne sich nicht denken, dass Herr Adlhoch der doch als „christlicher“ Arbeitsschreiber sicherlich die Jahresberichte der Ortskrankenkasse kenne, von der die Wahrheit der Dinge keine Kenntnis hatte, um so weniger, da vor einigen Jahren am Landgericht München in zweiter Instanz ein Prozeß spielte, bei dem sowohl von der gemeindlichen Rücksichtsbehörde, wie auch von dem Gericht selbst gerade der Vermögensstand der Münchener Ortskrankenkasse unter sozialdemokratischer Leitung ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt worden sei. Das Verhalten des Sekretärs Adlhoch wurde nun geradezu lächerlich. Seine ganz minderwertigen Ausflüchte erlöschten sich schließlich in der Behauptung, im Sanatorium Kirchseeon sei einmal ein Hund in einer Badewanne gebadet worden. Der Zeuge Pfiffer aus Mindelheim befürchtete: Die Frau, deren Namen wir auf die Liste zur Ortskrankenkassenwahl setzten, wurde mit ihrer und ihres Mannes ausdrücklicher Zustimmung auf die Liste gesetzt. Später kam dann die Frau zu uns und erklärte, man möchte ja von ihrer Namensnennung Abstand nehmen, da man ihr von der Gegenseite, die guten „Christen“ (1) die Entziehung der Arbeitskarte in Aussicht gestellt habe. Der angebliche sozialdemokratische Lüg und Betrug entpuppte sich als ein Mistereggempler echter „christlicher“ Zentrumslüge. Das Gericht sprach die sämtlichen Kosten des Verfahrens auf. Das Gericht stellte in dem Urteil ausdrücklich fest, dass Adlhoch etwas objektiv Unwahres in der Versammlung als Peitschenschwanz gesagt habe und dass in der Art und Weise wie die beiden Zeugen ihre Beklagten ihre Bekleidung vorgetragen haben, eine Bekleidung und insbesondere eine Bekleidung abseits nicht entnommen werden kann.

Aus dem Lager der päpstlich Geduldeten.

Willst Du nicht mein M.-Gladbacher Bruder sein,
Schlag ich Dir den Berliner Querschädel ein!

Der clerikale Bruderkrieg treibt immer lieblichere Blüten. Wie wir in der jüngsten Nummer (19) von Oppersdorffs „Klarheit und Wahrheit“ lesen, hat nach dem Bericht des ultramontanen „Mainzer Journals“ in einer in Mainz abgehaltenen Versammlung der Offenbacher Rechtsanwalt v. Weertano, ein Baghemit, gegen die Glaubensbrüder, von der Richtung Mooren in dieser Weise gewütet:

„In aus mir ist Euch aus unseren Reichen, die Ihr nur bewirren und erfüllt werdet!... Gehet weg, die Ihr Euren Haß in salbungsvolle Worte kleidet, die Ihr Eure Unbefähigung durch widerlichste Andeutungen an hohe kirchliche Stellen zu drücken sucht!... Die Ihr Eure Unfähigkeit, politisch, religiös und vaterländisch zu handeln, verborgen wollt durch philosophierende Redensarten... Ihr Verräte!!!“

Noch schlimmer hat sich der Rechtsanwalt Nuß aus Seligenstadt (Hessen) in einer Verhandlung gegen die päpstlichen, sogenannten Integral-Katholiken ausgelassen. Gleichfalls nach dem „Mainzer Journal“ erklärte er:

Deutsche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 7. Juni 1914:

Coblenz, Nachmittags 2½ Uhr, im Saal des Herrn Adam. — Das Arbeiterverschaffnis auf den niederrheinischen Braunkohlengruben und das Recht auf Leben. Referent zur Stelle.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhauser Straße

Wir empfehlen folgende Neuerscheinungen:

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse

Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer.

Preis 16 Seiten — Preis 10 Pf.

Preis 25 Pf. Der politische Massenstreit Preis 25 Pf.

Ein Beitrag zur Geschichte der Massenarbeitsaufgaben von Karl Kautsky.

Zehnter internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912

Herausgegeben vom internationalen Gewerkschaftsbund. Preis 1,50 Mk.

Jahrgang 1913. Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung

Für jeden politisch und geschichtlich Interessierten unentbehrlich.

xxxxx Parival xxxx 0000 Badisch 0000

Bahnhofszeitung von R. Wagner Der Kölner Polizeipräsident vom 7. bis 17. Januar 1914 Preis 25 Pf.

Böllerabschlachten und Kläsentämpfe

Unerlässliche Beiträge zur Jahrtausenderfeier.

Sammlung von A. Konrad — Erster Teil.

Gut gebunden 100 Mark.

Band 2 der Reihe „Böllerabschlachten und Kläsentämpfe“ erscheint eine Woche später in gleicher Ausstattung und zum gleichen Preis.

Ein Sortiment Lieder. 100 Stück 50 Pf.

Passend zu Mahnmalen bei Bergarbeiterfeiern. Anfragen an uns, nach bestimmen Melior durch unsere Vertriebsagenten zu bestellen.

Jedes Mitglied des Verbandes

ist verpflichtet, die regelmäßigen Wohnungs- und Extra-Beiträge pünktlich zu zahlen. Dies ist notwendig, damit es seine erworbenen Rechte an den Verband nicht verliert.

Jedes Mitglied des Verbandes

wird die Bestimmungen des Status und die Beschlüsse der Verbandsorgane und Verbandsstage befolgen, — sowie regelmäßig und pünktlich die Versammlungen besuchen.

Jedes Mitglied des Verbandes

soll auch ein unermüdlicher Agitator für den Verband sein, damit dieser immer mehr gestärkt wird und den Kampf gegen die Grubenherren aufnehmen und führen kann.

nicht gescheut, vier der besten Freunde des Bischofs Korum von Trier, darunter den Domkapitular Treich, einen Professor vom Priesterseminar und den vom Bischof ernannten Bevölkerungspräsidenten der katholischen Arbeitervereine, alles Geistliche, aus der Zentrumspartei ausgeschiedenen und den Parteimitgliedern das Lesen der von den Freunden des Bischofs herausgegebenen „Petruskäppchen“ zu verbieten.

Die unter Dr. Porsch's Oberbefehl stehenden schlesischen Bischöfen haben den Tod des Fürstbischofs Kopp, des mächtigsten Schuhherrn der deutschen Integral-Katholiken, sich gründlich zumute gemacht. Der gegen die Berlin-Trierer Richtung der katholischen Arbeitervereine veranstalteten Gebe, durch die jene unschädlich und unbedeutend gemacht werden sollen, haben sich, obwohl diese Richtung vom Papst nachdrücklich gelobt worden ist, bereits mehr als achtundachtzig schlesische Geistliche durch Unterschrift angeschlossen. Die Liste trug am 21. Mai die Namen von 814, also wohl mehr als die Hälfte aller katholischen Geistlichen Schlesiens.

Mittlerweile hat Erzbischof Dr. Nörber von Freiburg sich öffentlich gegen die Integralen ausgesprochen und diese als „Quertrieber“ bezeichnet. In Wien ist dem päpstlichen Katholischen Sonntagsblatt durch die katholisch-kirchliche Schöpfer unterstellt worden, weiter noch Artikel gegen den österreichischen „Piushverein“, die dortige Ausgabe „unseres“ M.-Gladbacher „Volksvereins für das katholische Deutschland“, die Seele des Katholizismus, zu bringen. Das Sonntagsblatt hat ohne Murren gelutscht. Es wird abzurichten sein, wie Pfarrer Nieborowski sich mit der gegen ihn gerichteten Gewaltmaßregel abfindet. jedenfalls zeigen die Beispiele von Breslau, Freiburg und Wien, wie sehr der hohe Klerus sich die Förderung der angeblich interkonfessionellen Zentrumspartei angelegen sieht. Was sagt eigentlich der Papst zu dieser terroristischen Gebe gegen seine treuesten Anhänger zugunsten derselben? Ginge er doch nur kaput, er hat genug durchmachen gemacht?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 22. Woche (vom 24. bis 30. Mai 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, für pünktliche Zahlung der Beiträge bewegt zu sein.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, dass bei Anträgen auf Sterbegeldauszahlungen die Adresse der Sterbegeldempfänger unvollständig angegeben sind. Wir ersuchen daher die Kameraden, genau anzugeben: Vor- und Nachname, Ort, Straße und Hausnummer und Kreis. Andernfalls wie für eine pünktlichere Justierung nicht garantieren können.

Berichtigung. In Nr. 20 d. Btg. muss es betr. Abrechnung unter Bezirk Halle nicht wie angegeben heißen: Bernsdorf, sondern Bernburg 976,80 M.

Rechtschutz betreffend.

Bezirk Böhmen. Von nun an wird der Rechtschutz wie folgt erstellt: In Ortschaften jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat, vor mittags von 8—9½ Uhr, beim Kamerad August Kondor. — In Nitolaï jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat, vor mittags von 8—9½ Uhr, wo, sagt Kamerad Palla. — In Rybník jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat, vor mittags von 11—1 Uhr, im Restaurant des Herrn Baron, Breitestraße. — In Bílina an jedem Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat, nachmittags von 2½—5½ Uhr, im Gewerkschaftslokal. — Die Rechtschutzsuchenden müssen sich durch das Mitgliedsbuch legitimieren.

Localbeitrag.

Die Zahlstellen Gelsenkirchen II, Gelsenkirchen III und Dortmund sind bereitstellt, vom 1. Juli ab pro Mitglied und Woche 5 Pf. Localbeitrag zu erheben.

Die Zahlstellen Gelsenkirchen VIII ist ebenfalls bereitgestellt, 5 Pf. Localbeitrag pro Mitglied und Woche zu erheben, der Zeitpunkt wird jedoch später festgesetzt.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Localbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstützungen zur Folge.

Adressenveränderungen.

Geb. II. Bis auf weiteres erledigt die Geschäfte des ersten Vertrauensmannes Kamerad Hermann Steup, Friedrichstraße 7.

Eisen-Bergenhausen. Als erster Vertrauensmann fungiert jetzt Kamerad Ernst Weidel, Oßtrasse 11.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Ende. Mitte Juni. Gerten. Ende Juni. Dorstfeld. Anfang Juni. Höhne. II. Anfang Juni. Gelsenkirchen V. Ende Mai. Hassenerode. Mitte Juni. Geisen. Anfang Juni. Tiefenbach. Anfang Juni.

Bezirk Nordhausen. Vom 8. bis 19. Juni findet in allen zum Bezirk gehörigen Zahlstellen Bücherrevision statt. Die einzelnen Zahlstellenverwaltungen erhalten noch Nachricht, zu welchem Tage sie die Bücher herbeizuschaffen haben.

Wegen der Pfingstfeierlager wird die nächste Nummer erst einen Tag später versandt.

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit

von Otto Hue

2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 M.

Der zweite Band umfasst 760 Seiten mit folgendem Inhalt:

Revolutionierende technische Neuerungen. — Kampf gegen das Direktionsystem. — Die Befreiung des Direktionsystems. — Die Organisation der Unternehmer. — Verhältnisse der Bergarbeiter um die Mitte des 19. Jahrhunderts. — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Zunahme der Unfälle und Unfalldeport. — Weitere Schädigungen der Knappenhäusern. — Die Zeit der schwierigen Not. — Ein Blick auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung. — Die Arbeiterkraft und die Internationale Gewerkschaftsenschaft der Bergarbeiter. — Lokale Knappenhäuser und ihnen ähnliche Liebervereinigungen. — Der Waldenburger Bergarbeiterkongress und der hierzu gehörige Generalversammlung. — Streitwälle in Oberschlesien. — Streiks und Organisationsarbeiten der Bergarbeiter. — Der erste Rosenkrieg und seine Folgen. — Die Zeit der Sammlung und der Schulung. — Gewaltiger Nachzuwuchs des Unternehmens. — Weitere Zersplitterung der Arbeiter. — Gelbe Vereinigungen; Nationalitätenkrieg; Politische Sonderorganisation. — Der zweite Rosenkrieg und seine Folgen: Proklamation und Verlaus des Generalstreiks; Früchte des Rosenkriegs: Änderung des Berggesetzes, Verstärkung der nationalen und internationales Organisation. — Kämpfe in Schlesien, Mittel-, West- und Südböhmen. — Neue kapitalistische Prokletarien: Weiße Salze statt gewöhnlichen Bergarbeiterkämpfen; Geheime Versammlung; Widerstand gegen den Rosenkrieg. — Große Lohnabreiche und Lebensmittelsteuerung; Abwehrkämpfe. — Das Ende des Rosenkriegs: Lohnabreiche 1910/11. — Die Niederschaffung der Knappenhäusern; Kritische Studien. — Schlusswort. — Anhang. — Im Anhang sind Tabellen über die Mitgliederstärke und Gewerkschaftsfläche folgender Bergarbeiter gezeigt: Russen, Serben, Gewerkschaften, Polnische Bergarbeiter, Gewerkschaften der Bergarbeiter H.-D., Union der Bergarbeiter Österreichs, Niedersächsischer Bergarbeiterkongress, Miners Federation of Great Britain und United Mine Workers of America, ferner die Statuten einer Reihe Bergarbeiterorganisationen.

Das Buch wird ein wertvolles Werkzeug in jeder Bergarbeiterfamilie sein! Unsere Kinder und Kindeskinder können daraus lernen, wie ihre Väter und Großväter kämpft und geworben haben, um ihren Nachkommen eine gerechte Zukunft zu verschaffen. Und diejenigen, welche jetzt in den Bergarbeiterfamilien leben, können aus dem Buche lernen, wie ihre Vorfahren lebten, litten und entschoben waren. Wir müssen das lernen.

Dem Bissel ist Macht und Macht ist Bissel! Das Werk wird das ist zu bezahlen durch

Gewerkschafts-Bibliothek in Bochum

Geöffnet jeden Sonntag, vor mittags von 9½ bis 11½ Uhr, und jeden Mittwoch, abends von 9½ bis 11½ Uhr, im Wartezimmer des Arbeiter-Sekretariats Wiemelhauser Straße 38a, 1. Etg.

Bugra Leipzig 1914



* Rautschut - Lippenstempel

mit vierreihigem Lippenhalter, aus Selbstfertigen Kleiner Mitteilungen, auch zum Aufdruck auf die Zeitung geeignet; zu Stück 6 Mark. H. Hansmann & Co. in Bochum.

Bedarf-Artikel

für Vereinsfestlichkeiten

wie Dekorationssplakate, Festschleifen, Rosetten, Metallschädel, Festzettel aus Pappe mit Sicherheitsnadel und Aufdruck, Zahn-Kontrollabzeichen, Zugs-, Buchstaben-, Fackeln, Ballons und Stoff-Laternen, Bechtkästen, Wachsfackeln, Luftballons aus Seidenpapier, Geschenkartikel zu Kinderfesten, Popplerglocken, Dekorationss-Rosetten und Schleifen usw. usw. Ferner für Kinderfeste: Hüte, Mützen, Scherzartikel aus Papier; Musikinstrumente aus Karton, Verlosungsartikel und vergleichbare. Bei Bedarf verlange man Projekt.

H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 42

Achtung! Ortsverwaltungen Achtung!

Infolge mehrfacher Nachfrage haben wir uns

Große Stempelfächer

(Flä